

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2015



Grundsicherung beantragen

Interview mit Dieter Dombrowski

Illegales Englischlernen

Aktuell

- 3 Politische Bildung für Flüchtlinge
- Entschädigung für Doping-Opfer
- Bombenfund in Gedenkstätte
- Förderung für Museum Mödlareuth
- Katalog zum Stasi-Gefängnis
- Stimme des GULag

Recht

- 4 Keine falsche Scham

International

- 5 Zartes Tauwetter?
- Nežná revolúcia

Interview

- 6 Die öffentliche Rehabilitation fehlt

Aufarbeitung

- 8 Toiletten-Spitzel
- Petition abgelehnt

Lernen hinter Gittern

- 9 Illegales Englischlernen

Dokumentiert

- 10 Über das Gute und das Böse

Berichte

- 11 Hamburger Spione
- 12 Ein lebendiges Geschichtsbuch
- 13 Umstrittene Erinnerung
- 14 Entrückte Biographien
- 15 Defizite in der Aufarbeitung

Verbände

- 16 Suchanzeigen

Service/Bücher

- 17 Gottes Liebling am Plauer See
- 18 Die Brücke der Spione

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Chorgesang im Hafthaus: Am 15. November 2015 fand in der Gedenkstätte Bautzen das traditionelle Chorkonzert zum Volkstrauertag statt. In diesem Jahr konnte der renommierte „dresdner motettenchor“ des Heinrich-Schütz-Konservatoriums Dresden e.V. dafür gewonnen werden.

Foto: Volker Strähle/Gedenkstätte Bautzen

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ist die strafrechtliche Rehabilitation ausreichend?

Bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts durch den Rechtsstaat werden die allermeisten Fälle von politisch Verurteilten des SED-Unrechtsstaates DDR durch das Gericht, das für die Verurteilung zuständig war, als „rechtsstaatswidrig“ wieder aufgehoben. Der Staat bzw. der Rechtsstaat hat damit für Recht gesorgt.

Aber auch für Gerechtigkeit?

Bärbel Bohley hat einmal gesagt: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“ Diese Feststellung beinhaltet sowohl Genugtuung als auch Verletztheit.

Warum ist das so?

Jeder, der in der „DDR“ aus politischen Gründen mit dem sogenannten Staat kollidierte, weiß, daß es nicht nur SED, Stasi und Richter waren, die für Unrecht sorgten.

Die Praxis des organisierten Unrechts zog meist weitere Kreise: im „Kollektiv“, in der Schule, wo Kinder von Ausreisewilligen den Hinweis bekamen, ihr braucht nicht unbedingt zur Schule zu kommen, im Kreis der Nachbarn, der „Freunde“, die einen nicht mehr kannten.

Viele Mitbürger haben auch aus Sorge um die eigene Sicherheit einen Bogen um widerspenstige Mitbürger gemacht, so, als hätten sie eine ansteckende Krankheit. Bei vielen Opfern des SED-Unrechts kommt zu Recht oder Unrecht immer wieder der Eindruck auf, daß sich der Staat viel mehr Sorgen um die Täter als um die Opfer macht.

Das ist sicherlich begründet in unserem Rechtssystem, das einem Straftäter bei

der Rückkehr in die Gesellschaft helfen soll. Darum gibt es für Straftäter Resozialisierungspläne mit Anspruch auf psychologische Betreuung, Bildung und Berufsausbildung. Für die Opfer dieser Straftäter gibt es wenige bis keine staatlichen Hilfen, sie können sich lediglich an private Vereine wie den „Weißen Ring“ und andere Initiativen wenden, aber nicht an den Staat.

Dieses System überträgt sich leider auch auf die Opfer des staatlich organisierten SED-Unrechts. Darum müssen wir immer wieder die gesellschaftliche Rehabilitation der Opfer des SED-Unrechts einfordern!

Dieses kann geschehen durch öffentliche Würdigung, durch eine breite gesellschaftliche Debatte über Recht, Unrecht und Verantwortung und durch mehr Respekt gegenüber hunderttausendfachen Opfern des SED-Unrechts. Opfer sind ja nicht nur die erschossenen Flüchtlinge oder die 250 000 politischen Häftlinge, sondern auch die vielen Menschen, deren Lebensbiographien durch den Eingriff des SED-Staates gebrochen wurden. Das sind die, die nicht studieren konnten, die nicht kreativ sein durften, die Opfer von Zwangsadoptionen und Kinderheimen wurden, die Enteigneteten und die, die an der Trennung von Familien zerbrochen sind und viele mehr.

Die gesellschaftliche Rehabilitation setzt Empathie voraus und Bereitschaft, Menschen bei der Überwindung ihrer traumatischen Erfahrungen zu unterstützen.

Strafrechtliche Rehabilitation ist gut, gesellschaftliche Rehabilitation ist notwendig!

Ihr Dieter Dombrowski

Politische Bildung für Flüchtlinge

(bsta) Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat eine arabische Fassung der Ausstellung „Der Weg zur deutschen Einheit“ für die historisch-politische Bildungsarbeit mit Kriegsflüchtlingen zur Verfügung gestellt. Die gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt erarbeitete Schau spannt einen historischen Bogen, der von der Friedlichen Revolution des Jahres 1989 bis in die Gegenwart reicht.

Die arabische Ausstellungsfassung umfaßt 20 DIN A1 Plakate, die mit geringem organisatorischem Aufwand in den Notunterkünften präsentiert werden können. Die Ausstellung versetzt kommunale und ehrenamtliche Betreuer in die Lage, vielen Flüchtlingen ein Bildungsangebot in ihrer Muttersprache zu machen, das die Forderung ernst nimmt, diese mit der deutschen Kultur und Geschichte vertraut zu machen. Zugleich kann die Ausstellung der Langeweile in den Flüchtlingsunterkünften entgegenwirken.

Das Angebot stieß auf enormes Interesse. In nur zwölf Tagen wurden fast 350 Exemplare der Schau bundesweit von rund 200 Institutionen, darunter Kommunen, Kirchen, Parteien und vielen Flüchtlingsinitiativen bestellt.

Entschädigung für Doping-Opfer

(spo) Nach langen Verhandlungen hat sich der Bund dafür entschieden, zehn Millionen Euro an die Opfer des DDR-Dopings zu zahlen. Vor der entscheidenden Haushaltssitzung des Deutschen Bundestages für das Jahr 2016 habe sich die Regierungskoalition „in letzter Minute“ entschlossen, doch einen Fonds für die DDR-Doping-Opfer einzurichten, erklärten Grünen-Abgeordnete. „Die damals minderjährigen Opfer des DDR-Zwangsdopings bekommen eine Entschädigungszahlung.“

Weil der Doping-Opfer-Hilfe-Verein (DOH) von etwa tausend betroffenen ehemaligen Athleten ausgeht, soll jeder ca. 10 000 Euro erhalten. Bei den Sportlern handelt es sich um damals oft noch minderjährige Opfer des Zwangsdopings, die heute unter schwersten körperlichen und oft auch seelischen Schäden leiden.

In einem Spiegel-Interview sagte die DOH-Vorsitzende Ines Geipel: „Nach ei-

ner langen Pattsituation ist das endlich ein wichtiger, konkreter Schritt in die richtige Richtung. Und auch der Ton der Erklärung im Bundestag war wichtig für die Opfer.“ Allerdings schränkte sie ein: „Es ist ein Desaster, daß der organisierte Sport keinen Cent gezahlt hat. Das werden wir auch so nicht hinnehmen.“ Staatssekretär Ole Schröder hatte sich bereits Anfang Oktober für die Zahlung der Summe stark gemacht und gefordert, daß auch der organisierte Sport in Deutschland Geld bereitstellen sollte.

Bombenfund in Gedenkstätte

(st) Bei Baggerarbeiten im Innenhof des Gebäudekomplexes Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden, der bis zur Besetzung am 5. Dezember 1989 die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatsicherheit beherbergte, wurde am 12. November eine drei Zentner schwere amerikanische Fliegerbombe gefunden.

Die Gedenkstätte wurde sofort geschlossen, das Gelände weiträumig abgesperrt und die Einwohner der umliegenden Gebäude im Radius von bis zu 800 Metern um den Fundort evakuiert. Nach Abschluß der Sicherungsmaßnahmen gegen 22.00 Uhr entschärften Experten die Bombe.

Am 13. November konnte die Gedenkstätte, täglich geöffnet von 10.00 bis 18.00 Uhr, wieder gefahrlos besucht werden.

Förderung für Museum Mödlareuth

(otz) Das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth wird in den kommenden Jahren mit 4,4 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt gefördert. Das Berliner Büro der SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Ernstberger aus Hof bestätigte, daß der Millionenbetrag im Bundeshaushalt 2016 berücksichtigt wurde. Danach stehen 58 000 Euro bereits im kommenden Jahr zur Verfügung. Weitere 4,3 Millionen seien als sogenannte Verpflichtungsermächtigungen in den nächsten Haushaltsjahren abrufbar.

Schon seit Jahren ist wegen der Raumnot im Museum die Projektarbeit mit Schülern in einen Container ausgelagert. Der Museumszweckverband, in dem auch der Saale-Orla-Kreis und die Stadt Gefell vertreten sind, haben eine erfahrene Zeithistorikerin und Ausstellungsmacherin mit dem Konzept für Mödlareuth beauftragt.

Laut aktuellem Konzept soll für rund zehn Millionen Euro ein Neubau für ca. 500 Quadratmeter Dauerausstellung und ca. 150 Quadratmeter Sonderausstellung entstehen.

Katalog zum Stasi-Gefängnis

(hsh) Die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen hat ein aufwendig gestaltetes Begleitbuch zu ihrer Dauerausstellung herausgebracht. Es präsentiert erstmals zahlreiche Exponate, historische Fotos und bisher unbekannte Dokumente über das geheimste Gefängnis der DDR. Bei der Vorstellung am 25. November diskutierten Experten und Zeitzeugen die Schwierigkeit, Gewalt und Unterdrückung in einem Museum darzustellen. Die Arbeit vieler Erinnerungsorte bewege sich zwischen den Polen Voyeurismus, Verdrängung und Information. Der Katalog der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sei ein Versuch, das Grauen verständlich zu machen.

Stimme des GULag

(bsta) Seit Ende 1989 hat der Historiker Dr. Meinhard Stark mehr als 250 ehemalige Lagerhäftlinge bzw. ihre Kinder in Rußland, Polen, Kasachstan, Litauen und Deutschland interviewt sowie vielfältige Dokumente und Überlieferungen zu ihren Lebenswegen zusammengetragen. Sie berichten vom Leben und Überleben im GULag, aber auch davon, wie die GULag-Haft das Leben der Familien geprägt hat. Auf dieser Grundlage sind mehrere Monographien über den GULag erschienen.

Im Rahmen eines von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung geförderten Projektes der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn sind die über 1200 Stunden umfassenden Gespräche ebenso wie die schriftlichen Unterlagen im Umfang von mehr als 46 000 Blatt digitalisiert und in einer Datenbank erfaßt worden. Dieser Quellenfundus wurde Ende Oktober dieses Jahres an die Bundesstiftung Aufarbeitung übergeben.



**Ein frohes und gesegnetes
Weihnachtsfest und ein
gesundes Neues Jahr
wünscht allen Leserinnen
und Lesern herzlich**

die Redaktion

Keine falsche Scham

Anspruch auf Grundsicherung nicht verschenken

Im Rahmen meiner Beratungstätigkeit wird immer auffälliger, daß die Rente vieler ehemaliger politischer Häftlinge und Verfolgter oft nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Diese Sachlage ist in der Regel ihrer politischen Vergangenheit geschuldet. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sollte man bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen

dings empfohlen, rechtzeitig einen Folgeantrag zu stellen.

Die Grundsicherung wird ab dem Monat gewährt, in dem der Antrag gestellt wird – und zwar für den ganzen Monat, also rückwirkend ab dem Ersten des Monats. Zu beachten ist, daß bei Eintritt in die Altersrente die Grundsicherung einen Monat vor der ersten Rentenzahlung bewilligt wird. Deshalb darf im ersten Monat des Bezuges auch noch keine Altersrente als Einkommen angerechnet werden. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhält:

- wer das 18. Lebensjahr vollendet erwerbsgemindert ist (Bescheid der Rentenversicherung)

gatten u.ä. mit gemeinsamem Haushalt (Regelbedarfsstufe 2) je 360 Euro. Ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Grundsicherung gewährt wird, hängt vom eigenen Einkommen und dem des Partners ab. Zwei erwachsene Personen, die als Paar zusammenwohnen, gelten als Einsatzgemeinschaft, egal, ob sie verheiratet sind oder nicht. Beim Berechnen der Grundsicherung wird daher das Einkommen und Vermögen beider Partner berücksichtigt. Kann sich ein Partner selbst versorgen, ist nur der Bedürftige des Paares Leistungsempfänger.

(Zum besseren Verständnis wird in der nächsten Ausgabe ein Berechnungsspiel veröffentlicht.)

Die Gewährung von Grundsicherung ist nicht nur abhängig vom Einkommen, sondern auch vom Vermögen. Kann man aus seinem verwertbaren Vermögen seinen Lebensunterhalt sichern, ist man nicht hilfebedürftig und erhält keine Grundsicherung. Vermögen ist dann verwertbar, wenn es unmittelbar für den Lebensunterhalt eingesetzt oder nutzbar gemacht werden kann, z.B. durch Verkauf, Übertragung, Beleihung, Vermietung. Das Vermögen kann nur angerechnet werden, wenn es verwertbar ist. Ist Vermögen vorhanden, ist es so lange zum Lebensunterhalt einzusetzen, bis es aufgebraucht ist, abzüglich eines Freibetrages von 2600 Euro bei Alleinstehenden und 3214 Euro bei Paaren. Erst dann kann ein Antrag bzw. ein erneuter Antrag gestellt werden.

Mir ist durchaus bekannt, daß sich nicht wenige ehemals politisch Verfolgte in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden und oft nur über den Monat kommen, weil sie Bezieher der Opferrente sind und bzw. oder die Grundrente nach dem BVG für haftbedingte Gesundheitsschäden erhalten. Deshalb ergeht an dieser Stelle noch einmal der Hinweis, daß weder die Grundrente, noch die Opferrente, noch die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Reha-Gesetz als Einkommen bei der Grundsicherung anzurechnen sind und auch als angespartes Vermögen grundsätzlich nicht zum Einsatz gebracht werden müssen. Eine Beantragung von Grundsicherungsleistungen könnte im wahrsten Sinne des Wortes für manchen eine Bereicherung werden, denn falsche Scham ist kein guter Ratgeber, wenn das Geld zum Leben nicht reicht. Weitere Informationen unter Telefon (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Foto: N. Radlitz

Antrag auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)					
Bezirksamt Berlin					
Die Beantwortung aller Fragen ist für die Bearbeitung Ihres Antrages notwendig. Die gesetzliche Grundlage für die Erhebung der Daten entnehmen Sie bitte dem beigefügten Merkblatt.			Zutreffend ist bitte ankreuzen und ausfüllen		
Leben bei Ihnen noch Kinder oder Ihre Eltern bzw. ein Elternteil im Haushalt, bitte für diese Personen das Zusatzblatt der Haushaltsangehörigen auf Antrag zur Grundsicherung ausfüllen!			Sofern der vorgegebene Raum nicht ausreicht, machen Sie bitte Ihre Angaben: - unter X des Antrages oder - auf einem separaten Blatt		
I. Antragstellerin (Personenziffer 1)			Personenziffer 2		
Name, ggf. Geburtsname, Vorname			Antragsteller Ehegatte (nicht getrennt lebend) Partner(n) in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenspartner (nicht getrennt lebend)		
Geburtsdatum	Geburtsort/Kreis/Land	männlich weiblich	Name, ggf. Geburtsname, Vorname		
Familienstand ledig eheähnliche Gemeinschaft eingetragene Lebenspartnerschaft		verheiratet dauernd getrennt lebend geschieden verwitwet	seit	Bitte Anlage 1 Buchstabe A ausfüllen	Geburtsdatum Geburtsort/Kreis/Land
Staatsangehörigkeit deutsch		Bitte Anlage 2 ausfüllen	Staatsangehörigkeit deutsch		Bitte Anlage 2

Besserung der wirtschaftlichen Situation durch Grundsicherung.

die Beantragung von Grundsicherung nach SGB XII in Betracht ziehen. An dieser Stelle einige Anmerkungen dazu.

Die Grundsicherung wird bereits seit dem Jahre 2003 gezahlt, zunächst nach einem eigenständigen Grundsicherungsgesetz, um der Altersarmut nicht mit der Antragstellung auf Sozialhilfe entgegenwirken zu müssen. In der Praxis führte jedoch das Nebeneinander zweier beinahe identischer Unterhaltsleistungen (Sozialhilfe/Grundsicherung) zu zahlreichen Problemen, so daß ab August 2005 die Integration der Grundsicherung in die Sozialhilfe erfolgte, und nun die meisten Regelungen der Sozialhilfe auch für die Grundsicherung gelten.

Grundsicherung wird ausschließlich auf Antrag gewährt. Zuständig für die Bewilligung der Grundsicherung sind die Grundsicherungsämter bei dem jeweils zuständigen Sozialamt. Der Antrag kann auch hilfsweise beim Rentenversicherungsträger gestellt werden, der diesen dann weiterleitet. In der Regel wird die Grundsicherung für zwölf Monate bewilligt. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um einen Verwaltungsakt mit Dauerwirkung. Es müssen auch keine Weiterbewilligungsanträge gestellt werden, sofern die Voraussetzungen vorliegen, verlängert sich die Bewilligung automatisch. Sicherheitshalber wird aller-

ding) oder die Altersgrenze erreicht hat (zwischen 65 und 67 Jahren, je nach Geburtsjahr) und die meiste Zeit in Deutschland lebt

- wessen Einkommen und Vermögen zu gering ist, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, und wenn das steuerpflichtige Einkommen der Unterhaltsverpflichteten (Eltern, Kinder) 100 000 Euro jährlich nicht überschreitet.

Keinen Anspruch auf Grundsicherung hat derjenige, der in den letzten zehn Jahren seine Bedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig selbst herbeigeführt hat, z.B. durch Schenkungen, um die Heranziehung des angesparten Vermögens zu verhindern. Die Leistungen der Grundsicherung sollen folgende Ausgaben decken:

- notwendiger Lebensunterhalt
- Kosten für angemessene Unterkunft und Heizung
- Kranken- und Pflegeversicherung
- Versicherungsbeiträge

Hinzu kommen Mehrbedarfe, z.B. bei Gehbehinderung u.ä. Die Bemessung der Leistungen erfolgt über Regelbedarfsstufen. Ab dem 1. Januar 2015 beträgt der monatliche Regelsatz (Regelbedarfsstufe 1) für Alleinstehende mit eigenem Haushalt 399 Euro, für zusammenlebende Ehe-

Zartes Tauwetter?

Zum ersten Mal seit dem Bürgerkrieg 1950 bis 1953 führen Ende Oktober 162 Delegierte der beiden wichtigsten südkoreanischen Gewerkschaften für vier Tage in die „Demokratische Volksrepublik Korea“, um Kollegen der dortigen Staatsgewerkschaft zu treffen. Geplant war diese Begegnung bereits 1999 und dann 2007, doch wurde sie stets von Pjöngjang abge-

lehnt. Zugleich wurde einer Gruppe von Juristen aus Seoul die Einreise zu ihren Berufskollegen im Norden gestattet.

Äußerlich unpolitische, teilweise auch kulturelle und sportliche Begegnungen zwischen den beiden Landesteilen entsprechen der Wiedervereinigungspolitik der südkoreanischen Präsidentin Park,

die auf diese Weise das Zusammengehörigkeitsgefühl von Koreanern in Nord und Süd stärken und zugleich eine weitere Entfremdung verhindern möchte. Erstaunlich dabei ist, daß Pjöngjang diese Treffen zuläßt. Sollte der Druck aus Peking so groß sein?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Nežná revolúcia

Am 17. November wird in der Slowakischen Republik der Erinnerungstag an die samtene Revolution begangen. Dr. Christian Fuchs, Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, hielt auf der diesjährigen Gedenkfeier bei Bratislava die folgende Ansprache.

Ich spreche für eine Organisation, die sich InterAsso nennt. Das ist die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus. In dieser Organisation, die seit über 20 Jahren besteht, sind 13 private Organisationen aus ehemals kommunistischen Ländern zusammengeschlossen. In der Slowakischen Republik ist es die PV ZPKO, also die Vereinigung der Politischen Häftlinge des antikommunistischen Widerstands. Unsere 13 Organisationen unterstützen sich gegenseitig bei der Aufarbeitung des Kommunismus. Dazu gehören vor allem Informationen über kommunistische Verbrechen wie auch Hilfe für die Opfer des Kommunismus. Im Namen der InterAsso gratuliere ich Ihnen zu dem, was als Nežná revolúcia oder als velvet revolution in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Die Menschen konnten seit dieser Revolution vor allem endlich das tun, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, aber nicht selbstverständlich war: ihre Meinung frei äußern und in andere Länder reisen. Auch das staatliche Monopol auf das Eigentum und die Wirtschaft fand dadurch in der Slowakischen Republik endlich ein Ende.

Der Kommunismus war die zweite Geißel des 20. Jahrhunderts. Was meine Heimat, Deutschland, angeht, hatten in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts sehr viele Menschen Angst vor einem dritten Weltkrieg, ausgelöst vom Warschauer Pakt. Der größte Fluß in Deutschland ist

der Rhein, er entspringt in der Schweiz und mündet in den Niederlanden in die Nordsee. Viele Deutsche, die in der Nähe des Rheins lebten, wollten westlich des Rheins wohnen, nicht östlich. Sie wollten, wenn nach einem dritten Weltkrieg vielleicht der Rhein die neue Grenze werden würde, auf der „richtigen Seite“ wohnen.

Der Fall des Kommunismus in Ihrem Land wäre nicht möglich gewesen ohne den Mut der Studenten von Bratislava vom 16. November 1989, in Deutschland ohne die Zivilcourage der Demonstranten von Leipzig vom 9. Oktober 1989. Und sicherlich hätten die Demonstranten von Bratislava und Leipzig nicht so mutig sein können, wenn es nicht die Aufstände vom 17. Juni 1953 in Deutschland, den Aufstand in Ungarn von 1956, den Prager Frühling von 1968 und die Gewerkschaft Solidarność in Polen gegeben hätte. Ein ganz besonderer Dank gilt auch Papst Johannes Paul II., der Solidarność bis an die Grenzen des Möglichen unterstützt und hier, unter diesem Kreuz in Bratislava, die heilige Messe am 22. April 1990 gefeiert hat. Von dem Mut dieser Demonstranten und Bürgerrechtler können so einige Zeitgenossen, die political correctness für einen hohen Wert halten, sehr viel lernen!

Viele Menschen hatten sich vom Ende des Kommunismus nicht nur Meinungs- und Reisefreiheit, sondern vor allem eins erhofft: Gerechtigkeit. Viele waren aus politischen Gründen lange inhaftiert gewesen, anderen war eine akademische Laufbahn oder eine andere gute Ausbildung allein auf Grund ihrer oppositionellen Tätigkeit unmöglich gemacht worden. Viele haben bei einem Fluchtversuch oder auf Grund ihres Widerstandes sogar ihr Leben verloren. Die Hoffnungen sind in vielen Bereichen nicht erfüllt worden. Viele Opfer sind der festen Überzeugung, daß das von ihnen erlittene Unrecht

bis heute nicht angemessen gewürdigt worden, ja teilweise noch nicht einmal genügend bekannt geworden ist. Und, was noch schlimmer ist, ehemalige Kommunisten und ihre Kinder sind heute oft Oligarchen mit großem Einfluß in Politik und Gesellschaft. Politische Häftlinge und andere Opfer des Kommunismus haben sich deshalb von der Politik resigniert abgewandt und können damit auch ihre wichtigen Erfahrungen nicht mehr in die Gesellschaft einbringen, an Wahlen nehmen viele von ihnen – wie ich weiß – auch nicht mehr teil. Das ist leider die Situation, der wir uns bisher gegenübersehen.

Wir müssen deshalb noch viel tun. Die InterAsso arbeitet mit viel Einsatz daran, die Situation der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu verbessern.

In Deutschland finden die Feiern zum Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 1990, immer in der Hauptstadt eines anderen Bundeslandes statt. Der Bundespräsident ist immer dabei. So würde ich mich auch für Ihren Verband PV ZPKO und andere sehr freuen, wenn Sie im nächsten Jahr bei diesem Anlaß auch Ihren Staatspräsidenten begrüßen könnten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,
Ďakujem pekne!

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Die öffentliche Rehabilitierung fehlt

Ein Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden der UOKG, Dieter Dombrowski

Dieter Dombrowski: geboren 1951 in Ost-Berlin; in den 1960er Jahren mehrfach aus politischen Gründen festgenommen, am 13. August 1974 verurteilt wegen Republikflucht und staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme zu vier Jahren Gefängnis, nach 20 Monaten – davon 16 Monate im Zuchthaus Cottbus – Ende 1975 Freikauf durch die Bundesrepublik, 1994 rehabilitiert; seit 1977 Mitglied der CDU, 1983 bis 1987 Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin, 1983 bis 1990 Referent der Berliner CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 1990 bis 1994 Landrat des Kreises Rathenow, seit 1994 Mitglied des Kreistages Havelland, seit 1994 Vorsitzender der CDU im Landkreis Havelland; seit 1999 Mitglied des Landtages Brandenburg, 2009 bis 2010 Mitglied der 13. und 14. Bundesversammlung, 2010 bis 2014 Generalsekretär der CDU Brandenburg, seit 2009 Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, 2010 bis 2014 Stellvertretender Vorsitzender der Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, seit Oktober 2014 Vize-Präsident des Landtages Brandenburg

stacheldraht: Was war Ihr Motiv, das Amt des UOKG-Vorsitzenden zu übernehmen?

Dombrowski: Ich war betroffen, als Rainer Wagner, der eine tolle Arbeit geleistet hat, das Amt niederlegte. Und ich habe nachgedacht, wie es mit der UOKG

habe ich mir gedacht, wenn andere sich so engagieren und die UOKG-Mitgliedsverbände mich wollen, dann muß ich dafür auch zur Verfügung stehen.

stacheldraht: Und was hat Ihre Familie dazu gesagt, daß Sie UOKG-Vorsitzender werden wollten?

Dombrowski: Meine Familie kennt mich gut. Deshalb weiß sie, wenn ich mir etwas in den Kopf setze und wirklich will, dann mache ich es auch, zumal beim Thema Menschenrechte und SED-Unrecht. Also war der Familie klar, daß sie gar nicht erst zu versuchen brauchte, mir das auszureden.

stacheldraht: Sie haben einen prominenten Paten. Ist diese Patenschaft nach Ihren Verhaftungen, z.B. bei der Vernehmung, mal zur Sprache gekommen?

Dombrowski: Nein, der Umstand, daß ich als achtes Kind der Familie Dombrowski das zweifelhafte Vergnügen hatte, ein Patenkind von Wilhelm Pieck zu werden, ist niemals bei meinen Vernehmungen thematisiert worden. Denn man hätte ja eigentlich erwarten können, daß sich ein Patenkind Wilhelm Piecks nicht ausgechnet zum Staatsfeind entwickelt.

stacheldraht: Der UOKG-Vorsitz ist nicht Ihr einziges Amt. Unter anderem sind Sie Vizepräsident des Brandenburger Landtages und Vorsitzender des Menschenrechtszentrums Cottbus. Wie wollen Sie das zeitlich schaffen?

Dombrowski: Berufsbedingt ist mein Leben am Terminkalender orientiert.

Deshalb bin ich zu hundert Prozent organisiert, selbst in der Freizeit. Und durch meine Funktionen im Landtag, als Abgeordneter und Vizepräsident, stehen mir zwei Büros zur Verfügung, die mich bei der Terminorganisation unterstützen. So konnte ich auch einführen, daß ich in der Regel an den wöchentlichen Mitarbeiterbesprechungen der UOKG teilnehme und mitberate, was an Arbeit ansteht.

stacheldraht: Die UOKG-Mitgliederversammlung vor Ihrer Wahl war reichlich turbulent. Haben Sie ein Konzept, um den Umgang zwischen Verbänden und einzelnen Mitgliedern zu versachlichen?

Dombrowski: Daß in einer Versammlung von Menschen, die persönlich so betroffen sind, auch Emotionen frei werden, die manchmal vielleicht zu Aggressionen werden, ist erklärlich. Durch meine langjährige politische Erfahrung bei der Leitung von Gremien weiß ich, wie man Dinge nicht eskalieren läßt, aber auch, wie man konsequent eine Versammlung führt.

stacheldraht: Wie sollte man mit Provokationen umgehen?

Dombrowski: Als ich das zweite Mal von der Landesvorsitzenden der CDU Brandenburg als Generalsekretär vorgeschlagen wurde, tat sie das mit den Worten: „Ich schätze an Herrn Dombrowski seine stoische Ruhe.“ Das muß kein Kompliment sein, es sollte aber ausdrücken, daß Herr Dombrowski sich nicht aus der Ruhe bringen läßt. Und auch, wenn es in diesem Zusammenhang vielleicht merkwürdig klingt – ich bin ja aktiver Feuerwehrmann, Oberlöschmeister. Wenn es brennt, im Einsatz, muß man die Ruhe bewahren. Hektik schadet, gefährdet die Rettung und eventuell das eigene Leben. In Fällen von gezielten Provokationen muß man quasi nach Handbuch vorgehen, das heißt, ganz klar nach der Tagesordnung handeln, ständige Zwischenrufe nicht zulassen und versuchen, durch das eigene Verhalten als Versammlungsleiter keine weiteren Provokationen auszulösen.

stacheldraht: Manchmal ist es schwer zu unterscheiden, ob Provokationen und Angriffe von innen oder von außen kommen.



Foto: N. Radlitz

Dieter Dombrowski: „Das Mahnmalprojekt vorantreiben, um ein öffentliches Zeichen zu setzen.“

weitergehen würde. Damit war das Thema für mich erst einmal erledigt. Aber dann hat mich Roland Jahn angerufen und gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, für den Bundesvorsitz zur Verfügung zu stehen. Roland Jahn ist für mich ein wichtiger Mann, weil er für die Aufarbeitung des SED-Unrechts glüht und arbeitet. Da

Dombrowski: Es gibt ja nicht nur Menschen, die unser Tun wohlwollend begleiten. Zersetzung, Falschmeldungen und Unterstellungen sind ein Instrument der Stasi gewesen. Diese Methoden kenne ich. Damit will ich niemandem unterstellen, daß er mit Stasi-Methoden die UOKG, die Mitgliedsverbände und unser Anliegen schädigen möchte. Man muß aber klar erkennen und aussprechen, wenn das Tun einzelner letztendlich unsere Seriosität und unser Ansehen untergräbt. Das können wir nicht zulassen.

stacheldraht: Sie sind ein Mensch mit Humor. Den kann man wahrscheinlich bei der Leitung einer Landtagsdebatte gut gebrauchen, aber auch als UOKG-Vorsitzender?

Dombrowski: Ob ich Humor habe, weiß ich nicht.

stacheldraht: Doch, doch.

Dombrowski: Als Politiker bin ich es gewohnt, spontan Situationen zu erkennen, um in der Debatte einen Gag zu platzieren. Wenn Sie das mit Humor meinen, dann habe ich ihn. Aber in einer Gemeinschaft von Menschen, die von schweren Schicksalsschlägen und Traumata betroffen sind, muß man sehr vorsichtig sein, ob spaßig Gemeintes auch passend ist. Um nicht zu verletzen, ist eine gewisse Sensibilität notwendig.

stacheldraht: Welche Prioritäten hinsichtlich der Entwicklung der UOKG wollen Sie in dieser Amtsperiode setzen?

Dombrowski: Noch einmal zu Rainer Wagner – er hat es verstanden, den Dachverband in ruhigeres Wasser zu bringen. Der Erfolg der UOKG hängt davon ab, wie solide, seriös und verlässlich wir in Argumentation und Auftreten gegenüber anderen sind. Niemand kann uns ernstnehmen, wenn wir uns nach außen hin sichtbar für andere streiten. Da hat Rainer Wagner schon viel geleistet. Wir müssen auch die Kernpunkte, in denen wir etwas bewegen und bearbeiten wollen, klar identifizieren. Unsere Kräfte sind beschränkt, sodaß wir nicht überall sein können.

stacheldraht: Die UOKG existiert seit 24 Jahren. Sie hat einiges erreicht. Welche Vorhaben und Forderungen müssen für die nächste Zeit unbedingt auf der Tagesordnung stehen?

Dombrowski: Mittelfristig scheint es mir wichtig, das Mahnmalprojekt voran-

zutreiben, um ein öffentliches Zeichen zu setzen. Es gibt jetzt einen Grundkonsens im Deutschen Bundestag, aber das heißt noch lange nicht, daß dieses zentrale Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft schon steht.

Ebenso ist mir wichtig, weiter an der Besserstellung der Opfer zu arbeiten, so schwierig es auch ist. Das heißt, sowohl die bessere materielle Stellung der Opfer, als auch eine Verbesserung in der gesellschaftlichen Debatte. Mit Rehabilitation und Opferrente ist zwar einiges erreicht, aber es fehlt die öffentliche Rehabilitation. Jeder, der in der DDR an diesem Unrechtsstaat angeekelt ist, weiß, daß Gericht und Stasi das eine sind, daß andere aber die Ausgrenzung in der Gesellschaft, auf der Arbeit, im Kollegenkreis, bei den Nachbarn. Deshalb ist Aufarbeitung so wichtig. Rehabilitation ist nicht nur eine Sache der Gerichtsbarkeit und des Staates, sondern auch eine Aufgabe der Bevölkerung. Gesellschaftliche Rehabilitation und Respekt vor den Leistungen der SED-Opfer sind mir wichtig. Das werde ich so gut befördern, wie ich kann.

Ein weiterer Punkt, der alle Mitgliedsverbände, Initiativen und Aufarbeitungsgruppen betrifft, ist die materielle Sicherstellung der Arbeit unseres Dachverbandes auch mittelfristig. Es ist sehr schwierig, wenn Mitarbeiter nur mit kurzen Arbeitsverträgen an einem Thema arbeiten können, ohne zu wissen, ob das Projekt für das nächste Jahr genehmigt wird. Ich bin aber optimistisch, daß wir hier weiterkommen.

stacheldraht: Wo sehen Sie noch besondere Gerechtigkeitsmängel?

Dombrowski: Völlig unverständlich ist mir, warum die Opfer des SED-Unrechts nach anderen Kriterien behandelt werden, als die Opfer des Nationalsozialismus. Ich glaube, Opfer sind Opfer, und ich glaube auch, daß eine „Zweiklassengesellschaft“ bei Opfern staatlichen Unrechts nicht akzeptabel ist. Besonders

bedrückt mich außerdem das Thema Zwangsadoption in der DDR. Bei uns im Menschenrechtszentrum Cottbus hängen im Außenbereich Suchmeldungen von Eltern, die ihre zwangsadoptierten Kinder suchen. Als kürzlich das gesamte Verfassungsgericht des Landes Brandenburg bei uns zu Besuch war, haben sich die Verfassungsrichter für dieses Thema sehr interessiert. Wir haben vereinbart, zu diesem komplexen Rechtsbereich ein



Dieter Dombrowski (2.v.l.) bei der Konstituierung des neuen Vorstands.

Gespräch zu führen. Ich hoffe, daß wir zumindest herausfinden können, woran es bisher gescheitert ist, daß diese betroffenen Menschen ihren Frieden finden können.

stacheldraht: Wie soll die UOKG aussehen, wenn Ihre erste Amtsperiode beendet ist?

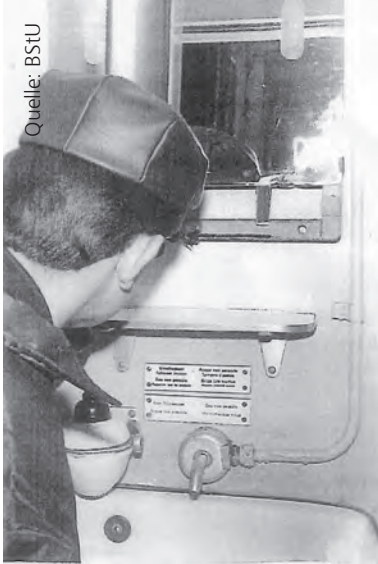
Dombrowski: Ich wünsche mir für die Amtszeit als UOKG-Vorsitzender eine Entwicklung unseres Dachverbandes, die es möglich macht, im konstruktiven Meinungsaustausch den richtigen Weg zu finden, um in einer Gesellschaft, die im Grunde an unserem Schicksal nicht interessiert ist, Aufmerksamkeit und Respekt zu erzeugen. Was ich nicht möchte, ist, daß unsere Arbeit mit warmen Worten aus dem öffentlichen Bereich gewürdigt wird, wir ansonsten aber alleingelassen werden. Unsere Ziele zu erreichen ist nur möglich, wenn wir fest zusammenstehen und auch Verständnis für unsere eignen Unzulänglichkeiten aufbringen, die wir alle haben. Denn wir sind alle nur Menschen, und was wir tun, tun wir aus voller Kraft in unserer freien Zeit.

stacheldraht: Vielen Dank, Herr Dombrowski.

Toiletten-Spitzel

Innovationen beim Ministerium für Staatssicherheit

Der grenzüberschreitende Zugverkehr bot in den Reisezugwagen viele Möglichkeiten zum Schmuggel, zur Literatureinschleusung und zum Anlegen Toter Briefkästen. Es gab sogar Versuche, sich neben dem Wasserbehälter in der Decke der Zugtoilette zu verstecken. Sie war für den Kontrollwahn der Staatssicherheit ein Ärgernis, weil man den Raum nicht einsehen konnte.



Quelle: BSTU
Panorama-Sichtgerät im praktischen Einsatz.

Ein findiger MfS-Mitarbeiter kam auf die Idee, einen

Cysomat – ein Gerät, das in der Medizin eingesetzt wurde – umzubauen. Das ursprüngliche Gerät bestand aus einem

Rohr, an dessen Spitze sich ein Lupenprisma befand. Hersteller war der VEB Medizintechnik Leipzig.

Die Optik wurde so verändert, daß sich ein Blickwinkel von 135 Grad ergab. Allerdings mußte auch das Bild auf zehn Prozent der tatsächlichen Größe verkleinert werden. Durch Drehen des Gerätes konnte eine völlige Ausspiegelung des zu beobachtenden Raumes erreicht werden. Der Kopf der Optik war zur Tarnung einem Schraubenkopf nachgebildet. Am Spiegel in der Toilette der Reisezüge wurde eine Schraube entfernt und eine Bohrung zum benachbarten Waschraum hergestellt. Durch diese Öffnung konnte das Gerät eingeschoben werden.

Und endlich war es soweit. Auch dieser Intimbereich konnte nun beobachtet werden. Die Arbeitshaltung des Stasi-Mitarbeiters ist auf dem Foto deutlich zu erkennen. Das Bohrloch konnte auch mittels einer präparierten Schraube wieder verschlossen werden.

Entwickelt wurde diese Technik von der Abteilung XIX der Bezirksverwaltung Dresden des MfS Dresden in Verbindung mit der Abteilung 31. 1971 fertigte man sechs Stück. Das Gerät erhielt die Bezeichnung „Panorama-Sichtgerät“. Der Einsatz erfolgte durch speziell ausgebildete IME – Inoffizielle Mitarbeiter im besonderen Einsatz – in den Zentralen Zugbegleitungscommandos der Transportpolizei ZBK III. Der Einsatz mußte auch durch den Leiter der Hauptabteilung XIX im MfS angeordnet werden.

Als Erfolge des Panorama-Sichtgerätes meldete die Staatssicherheit die Festnahme einer Person, die eine versteckte Pistole in der Zugtoilette abholte, die Festnahme eines Zeugen Jehovas, der Literatur aus einem Versteck nahm, sowie die Festnahme einer Person, die Briefe am Körper verbarg. Dies waren allerdings nicht die einzigen Kontrollmaßnahmen. 1984 fuhren täglich 24 Reisezüge im grenzüberschreitenden Verkehr. Die Diensteinheiten ZBK III begleiteten 18 Züge regelmäßig und sechs Züge schwerpunktmäßig. Dabei wurden 269 Transportpolizisten zur konspirativen Kontrolle eingesetzt.

Klaus Habenicht

Petition abgelehnt

(st)Am 11. September dieses Jahres hatten DDR-Zwangsausgesiedelte eine Resolution mit Unterschriftenlisten zur „Entschädigung für alle Zwangsausgesiedelten“ Vertretern des Petitionsausschuß übergeben. Dieser hatte zu dem Zeitpunkt allerdings bereits empfohlen, das Petitionsverfahren abzuschließen. Am 24. September folgte der Deutsche Bundestag dieser Empfehlung. Aus der Begründung des Petitionsausschusses:

„[...] Das Schicksal der von Zwangsaus-siedlungen Betroffenen wird bereits durch das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) anerkannt. Es ist ein zentrales Anliegen dieses Gesetzes, die Zwangsausgesiedelten für das ihnen zugefügte Unrecht des DDR-Regimes – auch moralisch – zu rehabilitieren. Die Zwangsaus-siedlungen werden in § 1 Absatz 2 und 3 VwRehaG in besonderer Weise als mit den tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaats schlechthin unvereinbare Maßnahmen gekennzeichnet, die in schwerwiegender

Weise gegen die Prinzipien der Gerechtigkeit, der Rechtssicherheit und der Verhältnismäßigkeit verstoßen haben. Gleichzeitig werden die Zwangsaus-siedlungen auch als politische Verfolgungsmaßnahme gebrandmarkt. Die mit der Petition reklamierte moralische Rehabilitierung ist bereits unmittelbar durch das VwRehaG realisiert. Mit der Feststellung in § 1 Absatz 3 VwRehaG hat die Bundesrepublik Deutschland eine klare Aussage zu den Zwangsaus-siedlungen getroffen. Die Zwangsaus-siedlungen waren politische Verfolgungsmaßnahmen, die die Betroffenen um ihre Heimat und ihr Eigentum brachten und die einhergingen mit der Diffamierung und Herabwürdigung der betroffenen Personen. Dieses Unrecht wird keineswegs dadurch berührt oder gar geschmälert, daß die von Zwangsaus-siedlungen Betroffenen eine nach Maßgabe des DDR-Rechts angemessene Entschädigung erhielten.

In der Folge der Rehabilitierung wird dem Betroffenen über das Gesetz zur Rege-

lung offener Vermögensfragen (VermG) die Möglichkeit zur Rückübertragung der entzogenen Vermögenswerte eröffnet und für den Fall des Ausschlusses der Rückgabe ein Entschädigungsanspruch nach dem Entschädigungsgesetz eingeräumt. Weiterhin steht es allen verwaltungsrechtlich Rehabilitierten, die infolge einer rechtsstaatswidrigen Maßnahme gesundheitliche Schädigungen erlitten haben, frei, Ansprüche auf Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz geltend zu machen.

Der Gesetzgeber hat ein differenziertes System von Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen vorgesehen, das im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten den einzelnen Opfergruppen soweit wie möglich individuell Rechnung trägt. Den Zwangsausgesiedelten eine zusätzliche Kompensation durch Einbeziehung dieses Personenkreises in die besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, die sog. Opferrente, zuzugestehen, wäre im Hinblick auf das Schicksal anderer Opfergruppen nicht zu rechtfertigen. [...]“

Illegales Englischlernen

Von Lienhard Huster

Ich war im März 1956 nach Artikel 6 der DDR-Verfassung zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach dem Prozeß überführte man mich, damals gerade 22 Jahre alt, zum Strafvollzug nach Torgau in das „Fort Zinna“. Einige Zeit später wurde ich dem Strickkommando, dann dem Kommando „Meißen“ als Dreher zugeteilt. Durch gute Beziehungen zum Kalfaktor hatte ich ein Fremdwörterbuch in die Hände bekommen. Die Ausbeute an Englisch- und Französischvokabeln war erfreulich. Inzwischen hatte ich auch gelernt, wie man ohne Bleistift und Schreibpapier schreiben konnte, denn Schreibutensilien, wie zum Beispiel Bleistifte, die eventuell am Arbeitsplatz benutzt wurden, waren registriert und wurden nach der Benutzung kontrolliert. Wer gegen das Schreibverbot verstieß, wurde bestraft. Man benötigte Zahnseife der Marke „Rosodont“ – die besaß man als Gefangener zum Zähneputzen –, weiter ein Stück Aluminiumdraht. Als Schreibpapier boten sich die Zeitungsränder des „Neuen Deutschlands“ an. Wenn man sie mit befeuchteter Zahnseife behandelte und dann trocknete, waren sie mittels Aluminiumdraht beschreibbar.

Das Fremdwörterbuch hatte ich leider nicht lange, weil man es bei einer „Zellenfizierung“ fand und mir sofort wegen meiner Vokabelsammlung wegnahm. Das Buch wurde als „Englischwörterbuch“ eingeordnet und als untragbar für die Gefangenenbibliothek eingezogen. Wegen Verstoßes gegen die Hausordnung wurde ich mit einer einmonatigen HO-Sperre bestraft.

Unbeschreiblich großes Glück hatte ich, als ich von einem anderen Strafgefangenen ein eingeschmuggeltes „Liliput Dictionary English – German“ für mehrere Tage ausleihen konnte. Die Wachtmeister hatten wohl durch irgendeinen Gefangenen Wind davon bekommen und deshalb unsere Zelle gefilzt. Sogar der Strohsack, unsere Matratze, wurde in der Zelle ausgeschüttet. Erfolg war ihnen nicht beschieden. Das Büchlein war sicher an meinem Arbeitsplatz in der Drehmaschine versteckt. Nun kam ich dran. „Strafgefangener Huster, ausziehen! Alles!“ In der Kleidung wurde nichts gefunden. „Drehen Sie sich um! Bücken! Backen auseinanderziehen!“ Auch da nichts. „Zu mir rumdrehen! Beine auseinander! Vorhaut

zurückziehen!“ Nein, so klein war das Liliput-Büchlein nun auch wieder nicht, daß ich es da hätte verstecken können. Es war reine Schikane von ihnen. Jedenfalls zogen sie unverrichteter Dinge und wütend ab. Den abendlichen Ersatzkaffee konnte ich wegschütten, so viel Stroh von der Matratze schwamm in der verbeulten Aluminiumschüssel.

Das Tollste aber war folgendes: Zehn Jahre Zuchthaus hatte ich vor mir. Nach zehn Jahren würde mir wohl kaum noch meine Kleidung passen, die sich in der Effektenkammer befand. So meldete ich mich eines Tages beim Kommandoleiter mit dem Antrag, daß meine Sachen beim nächsten Besuch meiner Mutter mitgegeben werden sollten. Wenige Tage vor dem nächsten Besuchstermin wurde ich zur Effektenkammer gebracht, wo ich meine Sachen identifizieren und mit Unterschrift beglaubigen sollte, daß alles meiner Mutter zu übergeben wäre. Wie der Zufall es wollte, wurde vor mir ein Strafgefangener, der in den nächsten Tagen entlassen werden sollte, abgefertigt. Ich mußte auf dem Korridor warten, während sich der Strafgefangene im Büro befand. Nach wenigen Minuten wurden seine Sachen aus der Effektenkammer neben dem Büro geholt, und ich konnte einen Blick in diesen Raum werfen. Da lagen die Kartons, Taschen und Koffer, die die Gefangenen bei ihrer Verhaftung mitgeführt hatten. Das war eine Gelegenheit für mich, die sich wohl kaum jemals wieder ergeben würde! Kaum war die Bürotür geschlossen, öffnete ich leise die Tür zur Effektenkammer, schlich mich hinein und hielt Ausschau nach meinem Koffer, der wegen seines Pepitamusters leicht erkennbar war. Darin befanden sich unter anderem für mich sehr wertvolle Dinge: zwei Sprachlehrbücher, eines für Englisch und eines für Französisch. Ich schüttete den Koffer aus, packte die beiden Bücher unter mein Hemd, stopfte alles andere wieder in meinen Koffer und stellte mich zurück auf den Korridor.

Als ich dann drankam, wurde der Kalfaktor vom

Effektenwachtmeister ausgeschimpft, weil alles im Koffer durcheinandergeworfen war und der Inhaltsliste nach zwei Bücher fehlten. Ich sagte, das sei doch nicht schlimm, könne doch vorkommen, die Bücher seien ohnehin nichts wert gewesen. Alles verlief problemlos. Und sowie ich wieder in meiner Zelle war, wurden die Bücher in den Strohsack – meine Matratze – eingenäht. Am nächsten Tag nahm ich das Französischbuch mit zur Arbeit und versteckte es in meiner Drehmaschine. Ich wollte zuerst das Englischbuch heimlich durcharbeiten, erst danach mit Französisch anfangen.

Dazu kam es allerdings nicht mehr, weil ich 1960 in das Stasi-Arbeitslager X in Berlin-Hohenschönhausen und nach weiteren zwei Jahren in den „Gläsernen Sarg“ verlegt wurde, wie man das Zuchthaus Brandenburg nannte. Die Filzungen dabei haben die Bücher leider nicht überlebt.

Meine vielen Anträge auf Lehrmaterial wurden übrigens auch in späteren Jahren immer abgelehnt. Noch ein Jahr vor dem Freikauf von politischen Strafgefangenen durch die Bundesrepublik im August 1963 wurde mein monatlicher Terminbrief beanstandet, weil ich meiner Familie mitgeteilt hatte, daß ich das von ihnen an mich gesandte Lehrmaterial immer noch nicht ausgehändigt bekam.

Trotz allem: Mein illegal erlerntes Englisch hat mir drei Monate nach dem Freikauf durch die Bundesrepublik bei der Fremdenprüfung zur Erlangung des Abschlußzeugnisses einer Realschule insoweit geholfen, als ich diese Prüfung bestand (Englisch war eines der Hauptfächer), und damit ein Jahr später ein Ingenieurstudium an einer Aachener Fachhochschule aufnehmen konnte.



Ein Englisch-Wörterbuch im Liliput-Format.

Über das Gute und das Böse

Auszüge aus der Predigt Pfarrer Friedemann Humburgs von der evangelischen St. Nicolai-Gemeinde Oranienburg in der Gedenkstätte Sachsenhausen am 6. September 2015 zum 70. Jahrestag des Weiterbetriebs des KZ Sachsenhausen als sowjetisches Speziallager

[...] Was wir heute reden und tun, geschehe unter dem Segen Gottes, aus dem unser Leben quillt, unter dem Segen Jesu Christi, der uns nahe gekommen ist, und unter dem Segen des Geistes Gottes, der uns tröstet und unser Leben verwandelt. Wir wollen mit dieser Andacht derer vor Gott gedenken, die Opfer von Verfolgung, Gewalt und unermeßlichem Leid geworden sind, besonders hier an diesem Ort der Ungerechtigkeit, aber auch heute noch an den vielen Schreckensorten unserer Welt. In unserem freiheitlich-demokratischen Land werden sie oft vergessen, diejenigen, denen in diesem Augenblick ihre menschliche Würde genommen wird. Diejenigen, die um Erlösung von ihren Qualen betteln, diejenigen, die keine Hoffnung mehr haben. Wir gedenken heute der Menschen, denen an diesem Ort ihre Würde genommen wurde, die aus ihrem Leben gerissen wurden und zu Tode kamen [...]

Am vergangenen Sonntag hielt ich Gottesdienst in unserer St. Nicolai Kirche. Und ich wurde in Vorbereitung der Predigt in Gedanken wieder an diesen Ort geführt. Der vorgeschriebene Predigttext war die Geschichte eines Mordes. Des Mordes von Kain an seinem Bruder Abel. Und die finale Frage des Predigttextes war, ob und in welcher Art und Weise Vergebung schwerster

Schuld möglich wäre, oder auch nicht. Die Frage war außerdem, was denn Vergebung überhaupt meint. Ich war bis dato der Ansicht, daß, wenn Gott Schuld vergibt, dann so etwas wie ein Tintenkiller über die Schuld geschrieben steht, und diese ist dann ausgelöscht, weg. Das Papier ist wieder weiß. Die Geschichte von Kains Mord lehrte mich jedoch etwas anderes, man darf also auch als älter werdender Mensch dazulernen.

Ja, Gott hat Kain vergeben, ihn nicht dem Tode übergeben. Er hat ihm die Möglichkeit gegeben weiterzuleben, mit seiner Schuld weiterzuleben. Und ich habe erkannt, genau dies meint Vergebung: die von Gott geschaffene Möglichkeit, mit Schuld und Strafe leben zu können. Gott hat dem Kain ein Zeichen gegeben, das ihn weiterleben läßt. Aber dieses Zeichen hat Kain eben als schuldig gewordenen Menschen gezeichnet. Schuld, auch vergebene Schuld zeichnet unwiderruflich. Das Schutzzeichen Gottes ist zugleich ein Schuldzeichen.

Und eine weitere Geschichte: Jesus erzählt sie und wir können sie nachlesen im Matthäus-Evangelium im 13. Kapitel. Es ist die Geschichte von einem Bauern, der gute Saat auf sein Feld säte. Wäh-

gerntet werden und in die Scheune gebracht werden.“

Warum diese Geschichte? Ich nehme wahr, daß immer wieder die Frage diskutiert wird im Blick auf Opfer und Täter, Täteropfer, die Frage, wer war zu Recht hier interniert und wer nicht [...] Eine Frage, die aus meiner Sicht final sicherlich nie zur Zufriedenheit aller Beteiligten beantwortet werden kann. Die Geschichte vom Unkraut unter dem Weizen befreit mich persönlich davon, in aller Betroffenheit, meine Seele daran zerbrechen lassen zu müssen. Denn diese Geschichte weist letztlich auf Gott hin, wie die meisten Gleichnisse Jesu. Sie macht deutlich, daß das Gute und das Böse, so sehr wir dies auch vermeiden möchten, immer irgendwie zusammen wachsen. Es gibt eben kein Feld, wo ausschließlich der gute Weizen wächst und keins, auf dem nur das Unkraut zu finden ist. Das wäre schön und damit auch klar für alle Beteiligten. Aber so ist es leider nicht.

Gutes und Schlechtes sind oft – manchmal kaum voneinander zu unterscheiden, kaum erkennbar – ineinander verwoben. Dicht an dicht nebeneinander. Der Versuch, das Unkraut auszureißen, würde auch viel von dem guten Weizen zerstören. So überläßt der christliche Glaube dieses letzte Richteramt Gott selbst. Gott wird zur Zeit der Ernte Gutes und Böses voneinander trennen, so, daß das Gute nicht dabei Schaden nimmt. Gott wird das Schlechte und Böse richten, das Gute aber einbringen.

Jesus sagt mit dieser Geschichte seinen Anhängern: Überlaßt dieses letzte Richteramt Gott und lebt damit, daß Gutes und Böses oft ganz dicht beieinander sind. Auch wenn dies unendlich schwer fällt und oft unsagbar schmerzt. Aber wenn Gott richten wird, befreit es mich davon, dies selbst tun zu müssen.

So haben wir die Möglichkeit, diejenigen, an die wir persönlich denken, aber auch all diejenigen, die diesen grausamen Ort erleben mußten, diesem Gott anzuvertrauen in der Hoffnung und der Zuversicht, daß er, als Anwalt der Opfer Gerechtigkeit sprechen wird. Daß er zwischen Gut und Böse in einer Art und Weise entscheiden wird, wie wir es nicht vermögen [...]

Glücksfall der Geschichte



Im Gegensatz zu den großen deutschen Tageszeitungen hat das „Luxemburger Wort“ mit einer 15seitigen Sonderbeilage am 3. Oktober 2015 ausführlich den 25. Jahrestag der Deutschen Einheit unter dem Titel „Ein Glücksfall der Geschichte“ gewürdigt.

Hamburger Spione

Ausstellungseröffnung am 3. November 2015 in Hamburg

In einem gut besetzten Hörsaal der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg – an die 100 Besucher hatten sich an diesem Abend durch den dicken Nebel nach Hamburg-Wandsbek geschlichen – fand eine Veranstaltung zur Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ statt. Als Gastredner und Diskutant hatte man den Chef der BStU, Roland Jahn, gewonnen. Vom Hamburger Abendblatt war der Termin mit einem großen Artikel angekündigt worden.

Kurator Dr. Helmut Stubbe da Luz, Historiker aus Hamburg, erläuterte die Entstehung der Ausstellung, die ein dunkles Kapitel Hamburger Geschichte in Zeiten des Kalten Krieges darstelle. Allein zehn Partei- und Verbandspolitiker, neun Männer und eine Frau, versorgten zwischen 1947 und 1990 das Mielke-Ministerium sowie die Nationale Volksarmee der DDR mit Informationen über Parteien, Gewerkschaften, Polizei, linke Studenten, Republikflüchtlinge, Atomwirtschaft, EDV-Technologie. In der DDR wurden sie als „heldenhafte Tschekisten“, auch als „Botschafter des Friedens“ gefeiert, für ihr Herkunftsland, die Bundesrepublik, waren sie jedoch Spione. Einer von ihnen behauptete tatsächlich noch heute, er sei Mitarbeiter des erfolgreichsten Nachrichtendienstes der Welt gewesen. Die Flucht eines Spions samt Familie in die „Zone“ 1954, wie das Hamburger Abendblatt damals schrieb, erregte großes Aufsehen, zumal dieser Mann, Karlfranz Schmidt-Wittmack, bis dato CDU-Mitglied und Bundestagsabgeordneter, dann in der DDR Karriere als Vize-Präsident des DDR-Außenhandels machte. 1939 wurde er Mitglied der NSDAP, seit 1948 soll er überzeugter Kommunist gewesen sein.

Die Hamburger Spione wurden von der Stasi-Zentrale Rostock gesteuert. Insgesamt sollen 78 Spitzel in Hamburg tätig gewesen sein, ermittelte der Politologe Dr. Helmut Müller-Enbergs. Bei einem von ihnen, Johannes Koppe, Kernexperte bei den Hamburgischen Elektrizitätswerken (HEW), läutete am 20. Januar 1979 das Telefon. Anrufer: „Hör zu, das Autorennen mußst Du sofort beginnen. Und Du darfst in keine Kontrollen kommen.“ Koppe: „Wieviel Zeit?“ Anrufer: „Keine“. Koppe: „Große Scheiße!“ Der Anrufer war Stasi-Oberst Horst Männchen. In dessen Dienststelle

wurde das Gespräch wörtlich protokolliert. Koppe und seine Ehefrau, beide waren Top-Agenten, verließen die Wohnung kurz vor dem Zugriff des BKA und begaben sich in die sowjetische Botschaft in Bonn, von wo aus sie sich, mit falschen Pässen ausgestattet, in die DDR absetzten.

Kein Mensch in Westdeutschland wurde zum Spionieren gezwungen, begann Roland Jahn seinen Vortrag, im Gegensatz zu DDR-Bürgern, die schon mal in der Erpresserfalle landeten, weil sich ein Familienmitglied in den Westen abgesetzt hatte oder weil man bei einem Vergehen erlappt wurde, z.B. beim Fremdgehen. So rekrutierte die Stasi gnadenlos Informanten, Mielke wollte eben „alles wissen“. Eine Frage aus dem Publikum an Roland Jahn lautete, wie es möglich sei, daß Gregor Gysi stets in Hamburg Prozesse führe, wenn es darum gehe, mal wieder gegen den Verdacht der IM-Tätigkeit unter dem Decknamen „Notar“ anzugehen. Ob Hamburger Richter vielleicht nicht genügend Kenntnisse hätten, was Stasi bedeute, und warum er immer wieder ohne Urteil davonkomme. Die Aufklärung hierzu überraschte: In einem IM-Bericht sei zu lesen, daß der IM „Notar“ den Dissidenten Robert Havemann in dessen Haus aufsuchte. Gysi behauptete jedoch, nicht dagewesen zu sein, auch daß er nicht „Notar“ sei. Und der Verfasser dieses Berichts, der als Zeuge vor Gericht geladen war, erklärt zu „Notars“ Entlastung, er habe den Bericht damals erfunden! Der einzige Besucher bei Havemann an diesem Tag sollte jedoch Gregor Gysi gewesen sein.

Fast vorwurfsvoll waren Feststellung und Frage eines Historikers zu dem finanziellen und damit personellen Aufwand der Behörde des BStU. Wo der Nutzen dieser Kosten sei, und wie sich diese denn rechneten, ob man nicht allmählich die Akten schließen könne. Jahn erklärte, daß die Mitarbeiter erst seit 25 Jahren diese Aktenberge erschließen könnten und daß man mit den gewonnenen Erkenntnissen vielen Menschen helfe müsse, denen es heute immer noch, bedingt durch Stasi-Verfolgung, schlecht gehe. Jetzt hätten sie die Möglichkeit, ihre Akten einzusehen und sich Hilfe zu holen.

Dr. Jan-Jasper Fast eröffnete schließlich die Ausstellung in der Bibliothek. Die vielen großen Poster mit gut lesbaren Biogra-

phien der DDR-Spione wurden von den Besuchern aufmerksam studiert. Einer der Spione war z.B. der NS-Widerstandskämpfer Kurt Willi Wand sen. Als Kommunist und Buchhändler auf St. Pauli betreute er auch seinen Sohn Kurt Willi Wand jun. als Agenten. Dessen Liaison mit Traute Müller, Senatorin für Stadtentwicklung, wurde 1993 zum Politikum in der Hansestadt. Damals erfuhr die SPD-Politikerin, daß ihr Lebenspartner 20 Jahre für die Stasi gearbeitet hatte. Sie trat von ihrem Amt zurück



und sagte: „Nachdem mich die deutsch-deutsche Geschichte auch persönlich so eingeholt hat, kann ich nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“

Es wurde noch lange diskutiert und kommentiert, auch Hafterfahrungen wurden ausgetauscht. In Gesprächen war feststellen, daß sich nicht nur geborene „Wessis“ unter den Besuchern befanden. Einigkeit herrschte darüber, daß dies eine gelungene Veranstaltung war.

Die Ausstellung an der Helmut-Schmidt-Universität ist, umrahmt von weiteren Begleitveranstaltungen, noch bis Ende März 2016 zu sehen. Sie geht der Frage nach, ob Spionage die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln oder politische Kriminalität“ ist. Und sie fragt schließlich im Blick auf die Gegenwart: „Spionage wird laufend variiert und verändert, wann wird sie enden?“

Sybille Krägel

Ein lebendiges Geschichtsbuch

DDR-Museum in Pforzheim neu eröffnet

Zwei Jahre lang wurde in Pforzheim neu konzipiert, abgebaut, aufgebaut und verändert, ehe die einzige Gedenkstätte, die sich in Westdeutschland ausschließlich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur, mit all ihren Zwischentönen und Schattierungen, auseinandersetzt, wieder ihre Tore öffnete. Welch enormer Wertschätzung sich das DDR-Museum im Hagenschieß erfreut,

weile verstorbene Dresdner legte den Grundstein für die umfangreiche Sammlung. So wurde auch die Witwe Knabes herzlich begrüßt und mit Dank überschüttet. Besonders begrüßt wurden ebenfalls der Hausherr des Gebäudes, Oberbürgermeister Gert Hager, die wichtigen Geldgeber der Sparkasse Pforzheim Calw sowie der Vorsitzende des Vereins „Gegen das Vergessen“, Volker Römer.

Museum verändert. Wir haben es neu aufgestellt, und wir sind ziemlich sicher, daß wir in seinem Sinne gehandelt haben.“ Die alte Ausstellung sei nicht verändert worden, weil sie schlecht war, sondern weil sich die Auffassungsbereitschaft junger Menschen verändert habe. Enzyklopädisches Wissen suchten junge Leute nicht mehr im Brockhaus oder im Museum, sie fänden, was sie suchten, im Internet. Das Museum solle nicht nur für Ältere attraktiv sein, sondern besonders auch für Jugendliche. Klaus Knabes Museum solle der Jugend den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie aufzeigen. Sie sollten daran erinnert werden, wie stark Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie heute ihr Leben bestimmten.



Zahlreiche Gäste füllten den Saal bei der Wiedereröffnung des DDR-Museums in Pforzheim.

Birgit Kipfer äußerte die Hoffnung, mit der Arbeit für das Museum der Stadt etwas zurückgeben zu können. Seit über einem Jahr habe sie versucht, Roland Jahn, den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen nach

Als lebendiges Geschichtsbuch berührt die Ausstellung die Besucher emotional. Die Schülerinnen und Schüler werden durch persönliche Schilderungen mit diesem Thema viel intensiver bekannt gemacht, als herkömmlicher Unterricht das könnte. Erlebte Geschichte ist eben spannender als Geschichte aus dem Buch.

zeigte sich am Vorabend im Musiksaal der Buckenbergschule, bevor das Museum im ehemaligen Kindergarten der französischen Husaren am 18. Oktober 2015 wiedereröffnet wurde.

Pforzheim zu lotsen. Sein Vor-Vorgänger, Bundespräsident Joachim Gauck, hatte bereits mehrere Male das alte DDR-Museum besucht. „Unser Museum ist auch ein Ort der Erinnerung unserer Zeitzeugen, jener Menschen aus Pforzheim und darüber hinaus, die in der DDR im Gefängnis saßen und freigekauft wurden oder geflüchtet sind oder übersiedeln konnten. Ich bin mir ziemlich sicher, daß alle inzwischen ihre Stasi-Akte eingesehen haben. Ihr Amt, Herr Jahn, ist auf der ganzen Welt beispielgebend für die Aufarbeitung der Menschaften einer Diktatur. Und wenn man da so erzählt bekommt, wie viele Kilometer an Akten noch zu bearbeiten sind, kann man nur hoffen, daß es dieses Amt noch lange gibt.“

Gastredner Roland Jahn sprach vom Zwang durch die Stasi. „Gesellschaftliches Engagement mit staatlicher Unterstützung“ – das sei der richtige Weg, so Jahn, der zu selbstkritischem Hinterfragen anregte und zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte auf der Grundlage des Verständnisses existierender Nöte. Als Beispiele führte er Kommilitonen an der Universität Jena an, die sich unter dem Druck der Stasi gegen ihn aussprachen, und seinen Vater, der sein Lebenswerk durch den aufmüpfigen Sohn, der schließlich ausgebürgert wurde, zerstört sah. In der Ausstellung solle ein Bezug zur Gegenwart hergestellt werden, das betreffe ihn auch. „Warum sind aus der DDR Menschen geflüchtet – warum flüchten heute so viele aus ihrer Heimat?“

Birgit Kipfer, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ begrüßte die zahlreich erschienen Gäste, die Mitglieder des Bundes- und des Landtages, Gunther Krichbaum und Dr. Hans-Ulrich Rülke, die Mitglieder des Stiftungsrates und des Stiftungsvorstands, Dr. Sabine Kuder von der Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin, die Herren vom Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Ministerialdirigent Ansgar Hollah und Dr. Thomas Wagner als Leiter des Referats „SED-Unrecht“. Ebenfalls angereist war die Leiterin der Abteilung Gedenkstätten bei der Landeszentrale für politische Bildung, Sibylle Thelen.

Alle hochkarätigen Redner waren sich einig, daß das Museum zeitgemäß umgestaltet wurde, um vor allem Schulklassen besser anzusprechen. Zur Vermittlung von Zeitgeschichte ist die Ausstellung nun auch didaktisch auf der Höhe. Von einer herausragenden Grundidee einerseits und einer gelungenen Konzeption andererseits werden sich die zukünftigen Besucher überzeugen können.

Birgit Kipfer sprach allen Sponsoren ihren herzlichen Dank aus und betonte, daß auch das Land Baden-Württemberg mit im Boot säße. Sie erinnerte daran, daß Lothar Frick sich schon seit gut zehn Jahren mit dem Erhalt des Museums befasse. Er habe im Dezember 2005 einen Runden Tisch einberufen, um zu beraten, wie es mit Klaus Knabes Museum weitergehen könnte. Klaus Knabe, der gebürtige und mittler-

Birgit Kipfer verschwieg auch nicht, daß es Skepsis bei langjährigen Mitstreitern und Freunden von Klaus Knabe gegeben habe. Sie sagte: „Ja, wir haben Klaus Knabes

Das Ziel dieser neu eröffneten Einrichtung ist es, das Vermächtnis von Klaus Knabe zu bewahren. Dieses Museum ist also mehr, als Museen landläufig sind, Bewahrer des Vergangenen, es ist ein Ort der Reflektion über die Errungenschaften eines demokratischen Rechtsstaates und darüber, was zu tun ist, damit es so bleibt – es ist ein „Lernort Demokratie“.

Elke Schlegel

Umstrittene Erinnerung

Eine Veranstaltung des VdK und der Bundesstiftung Aufarbeitung am 5. Nov. 2015 in Berlin

„Die umstrittene Erinnerung an die Speziallager-Toten“ war das Thema dieses Abends im Literaturhaus Fasanenstraße. Dr. Bettina Greiner vom Hamburger Institut für Sozialforschung sagte in ihrem Impulsreferat, daß die umstrittene Erinnerung stets im Kontext der deutschen Erfahrungen mit Massenmord zu begreifen sei. Sie ging von ca. 154 000 Häftlingen insgesamt aus – mehr, als die offiziellen sowjetischen Zahlen belegen –, von denen etwa ein Drittel während der Haft umkam. Im Gegensatz zu den Nazi-KZ sei der Tod der Insassen allerdings nicht Intension der Lager gewesen, sondern „nur“ das Ergebnis absoluten Desinteresses der sowjetischen Behörden am Schicksal der Gefangenen. Die Internierung habe in erster Linie das Ziel gehabt, für die Besatzungsmacht Sicherheit vor ehemaligen Nationalsozialisten zu schaffen und müsse als eine Art „Untersuchungshaft“ verstanden werden. Es habe zunächst die Schuld der Personen geklärt werden sollen und die Gefahr, die von ihnen ausging. Im Gegensatz zu den westlichen Alliierten, die vor allem ranghohe Nationalsozialisten und Militärs in Internierungslagern festsetzten, allerdings natürlich zu völlig anderen Bedingungen, gehörten die Inhaftierten der sowjetischen Lager zum „Fußvolk der Nazis“. Darüber hinaus sei ein Großteil der Inhaftierten von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilt gewesen. Bettina Greiner machte auf den „Aspekt der Willkür“ aufmerksam: Bis zum Ende der Lager sei absolut unbekannt gewesen, wie viele der Insassen schuldig waren. Insofern sei die Lagerhaft „kein Recht, kein Ausdruck irgendeiner Moral“. Greiner ging schließlich auf die Schwierigkeiten mit der Definition des Opferbegriffes ein: „Opfer können auch Täter, Täter können auch Opfer sein.“ Jeder, auch Täter, verdiene es, beim Namen genannt zu werden. Und auch Angehörige von Opfern seien Opfer.

Horst Schüler, Journalist und Ehrenvorsitzender der UOKG, stellte sich zunächst biographisch vor. Sein Vater starb 1942 im KZ Sachsenhausen, Schüler kam 1946 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück in die sowjetische Besatzungszone. Schnell habe er begriffen, daß nur „die braune gegen eine rote Diktatur“ getauscht wurde. Wegen Verbreitung kritischer Texte über die DDR wurde er verhaftet, fast täglich gefoltert und von einem SMT zu 25

Jahren Haft verurteilt. Auf die Frage des Moderators, Dr. Jens Hüttmann vom der Bundesstiftung Aufarbeitung, warum sich eine Zusammenarbeit mit Verbänden der NS-Opfer so schwer herstellen lasse, gab er zu bedenken, daß seiner Meinung nach deren Funktionäre zumeist Kommunisten seien, die aus ideologischen Gründen kein Interesse an Zusammenarbeit hätten.

Dr. Julia Landau von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora erläuterte die Verhältnisse im Speziallager Buchenwald. Dort habe die Sterberate bei ca. einem Viertel gelegen. Während sie 1945 und dann 1950 „nur“ bei fünf Prozent lag, sei sie im Winter 1946/47 massiv angestiegen und hätte sich 1947 fortgesetzt bis ins Jahr 1948. Der Grund hierfür lag in der Reduzierung der Nahrungsrationen von 600 g Brot pro Tag auf 300 g, in der Realität sei diese Menge noch deutlich unterschritten worden. Zudem seien die Kranken nicht von den Gesunden getrennt worden, weshalb sich Krankheiten schneller verbreiteten.

Dr. Enrico Heitzer von der Gedenkstätte Sachsenhausen beschrieb, wie die Toten in Sachsenhausen in nächster Nähe des Speziallagers in Massengräbern verscharrt wurden. Weil die sowjetischen Behörden sehr an einer Geheimhaltung der Vorgänge im Lager interessiert gewesen seien und es den ehemaligen Insassen verboten war, über ihre Erfahrungen zu berichten, seien die Massengräber zunächst in Vergessenheit geraten. Als sie 1990 wiedergefunden wurden, habe man zunächst angenommen, daß es sich bei den Toten um Insassen des Konzentrationslagers und damit um Nazi-Opfer handle.

Auf die Frage, warum die sowjetischen Lager in Vergessenheit zu geraten scheinen, antwortete Heitzer, daß viele Themen zwar wissenschaftlich gut erforscht seien, von der Öffentlichkeit jedoch nicht wahrgenommen würden. Bettina Greiner sieht die Erinnerung an die Lager verdrängt von den Themen Mauerbau und IM der Stasi, die viel Raum im kollektiven Denken der Deutschen einnehmen. Julia Landau

erinnerte daran, daß durch die Bepflanzung der Gräber diese bewußt unkenntlich gemacht wurden, und Horst Schüler konstatierte, daß vor allem bei jüngeren Menschen ein geringes Interesse am Gedenken vorhanden sei, weil sie eigene Sorgen hätten. Er könne das verstehen, sehe in dieser Entwicklung aber ein großes Problem.

Kontrovers wurde der Abend, nachdem der Moderator die Diskussion für das Publikum geöffnet hatte. Gerhard Taeye von der Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen rechnete vor, weshalb es ca. 12 000 Todesopfer mehr in den Lagern gegeben habe, als die Zahlen der Historiker auswiesen. An die Referenten gewandt sagte er: „Ihr wollt nicht suchen.“ Michael Ney, ebenfalls von der Arbeitsgemeinschaft, bezog sich auf die aktuelle Kontroverse mit Prof. Dr. Morsch und vertrat den Stand-



Gedenken ohne Namen? Nach der Kranzniederlegung am Massengrab Sachsenhausener Speziallager-Häftlinge auf dem ehemaligen Kommandantenhof im September 2015.

punkt, daß „Ehrung“ und „Erinnerung“ nicht dasselbe seien. Jeder, der nicht in einem rechtsstaatlichen Verfahren verurteilt wurde, müsse als unschuldig gelten. Heitzer erwiderte, die Gedenkstätte Sachsenhausen habe offizielle Totenbücher anlegen lassen, in denen alle Verstorbenen, unabhängig von ihrer Schuld, aufgelistet wurden: „Jeder hat seinen Namen zurück.“ In den letzten Jahren seien keine Fälle aufgetreten, in denen Angehörige, die vom Tod eines Verwandten im Lager wußten, dessen Namen im Totenbuch nicht gefunden hätten. Seiner Meinung nach könne man auch rechtsstaatlich nicht verurteilte Personen als Verbrecher bezeichnen, sonst würden davon ja auch Hitler und Stalin ausgenommen sein. Eine Tafel mit den Namen der Opfer lehne er deshalb ab. Heitzer sprach sich gegen die Praxis in anderen Gedenkstätten aus, in denen dies geschehen sei.

Stefan Pieper

Entrückte Biographien

Kongreß der UOKG und des OvZ-DDR am 7. November 2015 in Berlin

(st)Andreas Laake gehört zu den von Zwangsadoption in der DDR betroffenen Eltern. Nach einem gescheiterten Fluchtversuch erkannte man ihm die Vaterschaft ab, seine Frau wurde unter Druck gesetzt, ließ sich scheiden und gab den 1984 geborenen Sohn zur Adoption frei. Der Großmutter wurde die Vormundschaft

dürfe „nicht nur suchen, wo es hell“ sei. Im Gegensatz zu der Berliner Clearingstelle, die nach 1990 eingerichtet wurde und ganze sieben Fälle von Zwangsadoption fand, entdeckte er durch intensive Recherche eine Vielzahl. Sachse stellte die Frage, ob Zwangsadoption unbedingt mit politischer Verurteilung der

Eltern einhergehen müsse. Auch er bezog sich auf Paragraph 249, den sogenannten Asozialen-Paragrafen. So hätten Kinder bereits entzogen werden können, wenn sie im Elternhaus nicht zu sozialistischen Persönlichkeiten gebildet wurden – dies habe in der DDR zum Kindeswohl gehört. Sanktioniert werden sollte u.a. die „negative politisch-erzieherische Grundhaltung“ von Eltern, weil sie einen „hohen Grad der Gefährdung Minderjähriger“ erzeuge. Sachse nannte zahlreiche Fallbeispiele mit unterschiedlichen Grundmustern.

Die Beraterin für Zwangsadoption bei der UOKG, Katrin Behr, konstatierte, daß die erzwungene Wegnahme von Kindern eine „lebenslange Strafe für die Eltern“ sei. Eine Unterschrift bedeute nicht immer Freiwilligkeit. Eine Rücknahme war nicht möglich, die Druckmittel seien vielfältig gewesen. Bei Verweigerung der Unterschrift wurde gedroht, weitere Kinder wegzunehmen oder das Kind einer dauerhaften Heimkarriere auszusetzen. Die Adoptierten hätten heute das Recht auf Einsichtnahme, jedoch mit Einschränkungen, die von den Mitarbeitern der Ämter sehr unterschiedlich gehandhabt würden. Manche würden die Akte vorlesen, eine Kopie gebe es in der Regel nicht. Manchmal werde sogar die Genehmigung der Adoptiveltern verlangt. Die Praxis zeige, daß bei mehrfacher Einsichtnahme die Akte oft immer dünner werde. Besonders problematisch bei der Aufarbeitung sei, daß in den Jugendämtern gelegentlich noch ehemalige DDR-Mitarbeiter anzutreffen wären.



Ein abschließendes Podium diskutierte die Perspektiven der Aufarbeitung von DDR-Zwangsadoption: (v.l.)Singora-Viola Greiner-Willibald und Andreas Laake, Zeitzeugen, Dr. Christian Sachse, Moderator Peter Grimm, Kathrin Otto, Benjamin Baumgart, Dr. Stefan Trobisch-Lütge.

verweigert. Laake suchte erfolglos seinen Sohn, den er noch nie gesehen hatte. Erst als sich Jahrzehnte später ein Fernsehsender dieses Falles annahm, konnte der Kontakt hergestellt werden. Diese Geschichte war ein eindrückliches Vorwort zum Thema des Kongresses: „Politisch angeordneter Kindesentzug im Unrechtsstaat DDR“. Benjamin Baumgart, Jurist bei der UOKG, gab dann einen Überblick über die rechtliche Situation damals und die juristischen Möglichkeiten heute. Ein Fall der Rehabilitierung von Zwangsadoptierten sei ihm nicht bekannt. Die Definition laute meistens, daß Zwangsadoptierte Kinder seien, die ihren Eltern aus politischen Gründen weggenommen wurden, ohne daß vorher etwas gegen das Kindeswohl vorgefallen sei. Baumgart gab zu bedenken, daß man auch jenen alleinstehenden Müttern, die in der DDR als „asozial“ deklariert worden waren, die Kinder entzog. Heute gebe es keine Möglichkeit mehr, derartige Adoptionen rückgängig zu machen. Hinzu käme, daß manche Jugendämter die benötigten Akten nicht vollständig herausgeben würden.

Der Historiker und Politikwissenschaftler Dr. Christian Sachse stellte voran, man

litisch-erzieherische Grundhaltung“ von Eltern, weil sie einen „hohen Grad der Gefährdung Minderjähriger“ erzeuge. Sachse nannte zahlreiche Fallbeispiele mit unterschiedlichen Grundmustern.

Kathrin Otto, Leiterin der Zentralen Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg, erläuterte die Erkenntnisse der Clearingstelle 1991 bis 1993 und den heutigen Umgang ihrer Behörde mit Zwangsadoptierten aus der DDR. Eine Klage der leiblichen Eltern sei zwar möglich gewesen, jedoch erhielten sie die Adoptionsbeschlüsse nicht. Die Kinder bekamen neue Geburtsurkunden und wurden nur selten aufgeklärt. Die Einwilligung zur Adoption galt unbegrenzt, leibliche Eltern hatten bei der Adoption kein Mitspracherecht, waren bis zum Vollzug aber unterhaltspflichtig. Die Auflagen, die Eltern erhielten, waren oft unerfüllbar. Die Akten seien sehr unterschiedlich geführt worden, vieles davon fehle. Ziele der Adoptionsstellen heute seien die qualifizierte Unterstützung und Begleitung der Anfragenden, die Bekanntgabe der Suchoptionen und die wissenschaftliche Unterersetzung des Themas. Otto sprach sich für die Überarbeitung des Adoptionsrechts aus.

Über therapeutische Erfahrungen bei DDR-Zwangsadoptionen sprach der Psychotherapeut Dr. Stefan Trobisch-Lütge. Kindesentzug in der DDR sei eine Form staatlicher Gewalt gewesen. Frühe Trennungserlebnisse aktivierten traumatischen Streß, etwa durch Wiedererleben oder Abspaltung traumabezogener Inhalte. Das Risiko für posttraumatische Belastungsstörungen sei hoch, und es träten Symptome auf wie übermäßige Impulsivität und Alkoholmißbrauch, andererseits Vermeidungsverhalten und Ängstlichkeit. Generell gelte, daß gewaltsam zerstörte Bindungserfahrungen zu Bindungsproblemen führten. Und je früher das Bedrohungserleben stattfinde, desto tiefgreifender seien die Folgen. Die Adoptiveltern hätten eine sehr starke Bedeutung in der Biographie der Kinder. Die Qualität des „Ersatzmilieus“ sei entscheidend für die Verarbeitung der Trennungserfahrung.

Schirmherr der Veranstaltung war Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Er hatte in einem Grußwort geschrieben, der Kongreß solle beitragen, ein neues Bewußtsein für das Thema DDR-Zwangsadoption zu schaffen. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es dafür höchste Zeit. – Die UOKG hat geplant, die Beiträge wieder in einer Broschüre zu veröffentlichen.

Defizite in der Aufarbeitung

Was nach 25 Jahren auf der Strecke blieb

(st) Als Ergänzung der Feiern zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit und als Kontrapunkt dazu hatten die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), die Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) am 30. Oktober zu einem Kongreß mit dem Thema „Das deutsche Einigungswerk von 1990“ nach Potsdam in die Gedenkstätte Lindenstraße eingeladen. Bewußt sollten dabei vor allem die noch vorhandenen Defizite näher in den Blick genommen werden. So wies Ernst-Otto Schönemann von der UOKG in seiner Begrüßung darauf hin, daß eben nicht nur eine positive Bilanz zu ziehen sei. Die Verantwortung der SED werde noch immer unterschätzt, die Karree der Nomenklaturkader sei mit Hilfe der ersten frei gewählten Regierung vernichtet worden, nur eine Minderheit habe für unrechtmäßig entzogenes Eigentum Entschädigung erhalten, und die Politik verweigere die Beweislastumkehr. Der Vorsitzende der ARE, Manfred Graf von Schwerin, erklärte, daß man Menschenrechte und Eigentumsschutz zusammendenken müsse, und zählte 17 Verfassungsbrüche in diesem Zusammenhang auf, zu denen es nach der Wiedervereinigung gekommen sei.

Rechtsanwalt Dr. Christoph Partsch referierte über Erfahrungen mit der Treuhandanstalt und daraus resultierende Folgen und Konsequenzen. Man habe nach dem Zusammenbruch der DDR vor allem nicht erkannt, in welchem desolaten Zustand sich diese befunden hätte. Es seien jegliche Marktregeln ignoriert worden, dem voraus gingen falsche Einschätzungen und Vorhersagen bezüglich der DDR-Wirtschaft. Partsch betonte, er halte die Einrichtung der Treuhand für wichtig, allerdings hätte sie einen schwierigen Start gehabt.

Man habe sich keine Insider- und Korruptionsregeln nach innen gegeben, handelte nicht nach Wettbewerbsregeln, die Privatisierung ging meist an Konkurrenzunternehmen im Westen, die nicht an der Weiterexistenz der Betriebe interessiert gewesen seien. „Den Schaden dieses Tuns spüren wir bis heute.“ In Brandenburg z.B. gebe es kaum noch Industrie. Partsch beschleunigte ein „Staatsversagen beim großindustriellen Denken“, nur das private Engagement hätte funktioniert. Die Treuhand sei das Beispiel für eine gute Idee, bei der alles falsch gemacht wurde, was falsch zu machen war.

Rechtsanwalt Dr. Robby Fichte warf mit einigen aktuellen Fällen Schlaglichter auf die Eigentumsproblematik. Eine Studentenverbindung entging nach 1933 nachweislich der NS-Gleichschaltung. 1945 wurde ihr Haus in Leipzig beschlagnahmt, und sie wurde als angebliche Nazi-Organisation enteignet. Dies erkannte die DDR Anfang der 50er Jahre selbst als Unrecht, die Verbindung erhielt ihr Eigentum zurück und wurde wieder ins Grundbuch eingetragen. Jahre später erfolgte eine erneute Enteignung. Mit Bezugnahme auf die erste, von der DDR zurückgenommene Enteignung wurde ein Antrag auf Rückübertragung 1991 jedoch nicht anerkannt, und die Organisation erhielt das Haus nicht zurück. Fichte erläuterte weitere, teils sehr unterschiedliche Fälle, in denen ehemalige Eigentümer leer ausgingen, weil noch 1990 bestimmte DDR-Gesetze so novelliert wurden, daß sie kurz vor der Vereinigung Fakten schufen, die eine spätere Verweigerung der Rückgabe juristisch möglich machte.

Kerstin Lorenz von der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam setzte sich kritisch mit der Aufarbeitung in Medien, Schulen und Bildungseinrichtungen seit 1990 auseinander, und eine Podiumsdiskussion

befaßte sich mit offenen Fragen zum LPG- und Neusiedlerrecht sowie zur Rentenproblematik.

Der ehemalige Oberstaatsanwalt und Sprecher der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, Dr. Hans-Jürgen Grasemann, leitete seinen Vortrag über die Bilanz der juristischen Aufarbeitung der DDR mit dem Beispiel Michael Gartenschläger ein. Das MfS hatte in seinem Maßnahmenplan „festnehmen oder vernichten“ angeordnet. Bei dem Versuch, eine zweite SM-70 abzumontieren, lauerten ihm vier Bewaffnete auf und „durchsiebten“ ihn. Das Landgericht Schwerin urteilte nach 1990, weil er eine Waffe bei sich trug, müsse Notwehr angenommen werden. Grasemann erläuterte den Rechtsgrundsatz des Grundgesetzes, „keine Strafe ohne Gesetz am Tag der Tat“, und die Anwendung der jeweils mildereren Strafe. Dies hätte der juristischen Aufarbeitung enge Grenzen gesetzt. Postöffnung und das Abhören von Telefongesprächen z.B. seien in der DDR keine Straftaten gewesen, deshalb habe man die Täter nicht verurteilen können. Geldentnahme hingegen sei nach DDR-Recht auch bei Drittueignung strafbar gewesen, in der Bundesrepublik jedoch nur bei Selbstueignung, also wären auch diese Täter einer Verurteilung entgangen. Grasemann resümierte, die Bilanz der juristischen Aufarbeitung sei deshalb so unbefriedigend, weil staatliche Willkür mit dem Instrumentarium des Rechtsstaates nicht zu bestrafen sei. 

„Hammer, Zirkel, Stacheldraht“



(cs) Am 11. November eröffnete der Landtagspräsident Detlef Gürth im Landtag von Sachsen-Anhalt eine Ausstellung zum Thema „Hammer, Zirkel, Stacheldraht. Zwangsarbeit in der DDR“. Die Ausstellung bietet Informationen über die Zwangsarbeit politischer Häftlinge in den ehemaligen DDR-Bezirken Halle und Magdeburg. Neben Zeitzugeberichten sind auch Listen mit Haftstätten und Betrieben zu sehen, die von der Zwangsarbeit profitiert haben. Seit dem 23. November wird die Ausstellung im Magdeburger Bürgerkomitee gezeigt. Danach kann sie bei der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Birgit Neumann-Becker, angefordert werden.

Suchanzeigen**Noch einmal: ELMO**

Die Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen steht seit geraumer Zeit im Fokus des Medieninteresses (siehe die ARD-Dokumentation „Ausgebeutet für den Klassenfeind“ vom 12. Oktober 2015 und 11. Dezember 2015 auf 3SAT sowie abrufbar in der Mediathek). Leider fehlt bei einigen Projekten der Hinweis auf eine der schmutzigsten und gesundheitsschädigendsten Arbeiten im Frauenzuchthaus Hoheneck: die Zwangsarbeit für ELMO. Dahinter verbirgt sich das Elektromotorenwerk Grünhain im Erzgebirge, wo Motoren für Waschmaschinen hergestellt wurden, die in den Export gingen. Im Drei-Schicht-System, also auch nachts, mußten diese Motoren im Akkord gefertigt werden. Eine Knochenarbeit, für die zu meiner Zeit (1973 – 1975) vorwiegend politische Häftlinge eingesetzt wurden. Als Kontrolleure und für die Zulieferung von Arbeitsmaterialien waren „verlässliche“ Langstrafer zuständig, meist Kindsmörderinnen und eine ehemalige KZ-Aufseherin.

Pro Tag mußte jeder in diesem Großkommando 36 Elektromotoren schalten. Die meisten von uns schafften anfangs drei, vier Stück, später etwa acht bis zwölf. Gesundheitliche Schäden waren programmiert. Schon beim Einlegen der Kupferdrahtspulen in die Metallkörper verletzten sich viele Frauen. Überaus schmerzhafte Entzündungen an Armen und am Rücken sowie unförmige Schwellungen an den Händen waren die Folge (erwähnt im Buch „Stell dich mit den Schergen gut“). Betroffene Ärztinnen befürchteten, daß sie wegen dieser gravierenden Verformungen niemals mehr operieren könnten. Das Verbinden und Löten der einzelnen Metallkabel erforderte viel Geschick. Der ekelerregende Gasgestank aus etwa 50 ständig in Betrieb befindlichen Lötkolben belastete die Atemwege erheblich. Tag und Nacht, jahraus – jahrein. Die Fenster wurden grundsätzlich nie zum Lüften geöffnet, weil im Innenhof die einzelnen Häftlingskommandos in der sogenannten Freistunde ihre Runden drehten. Man

hätte durch geöffnete Fenster ja Verbindung zu ebenfalls inhaftierten Müttern, Schwestern oder Freundinnen aufnehmen können. Der Monatslohn für diese Schufterei lag bei drei oder vier Mark, selten mal acht Mark. Bezeichnend: In der ELMO-Schicht I war 1974 die Norm an der hydraulischen Presse höher angesetzt als in den Schichten II und III. Der Grund? Wegen Wegfalls einer kriminellen Strafgefangenen mußte ich, eine sogenannte Staatsverbrecherin, diese Arbeit übernehmen. Besonders schikanös: Das Leistungsvermögen der Hydraulik gab es nicht her, pro Stunde die geforderte Stückzahl an Motoren zu pressen! Mein Protest beim verantwortlichen ELMO-Betriebsleiter gegen diese absurden Bedingungen brachte mir eine gehörige Abfuhr und einen höhnischen Kommentar ein, seit wann denn die Häftlinge die Norm selbst festlegen könnten...

Wichtig für alle ELMO-Zwangsarbeiterinnen: Im April 2015 fand ich in der BStU Berlin erstmalig ein Dokument, das beweist, daß das MfS kritische Veröffentlichungen bezüglich der Gesundheitsbelastungen im ELMO-Kommando registrierte. Ich erinnere: Schon wenige Monate nach meiner Entlassung im Mai 1975 aus dem Frauenzuchthaus Hoheneck hatte ich einen 27seitigen Brief

an den damaligen DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph geschrieben und ihn über die menschenverachtenden Zustände in Berlin-Hohenschönhausen und im Frauenzuchthaus Hoheneck informiert. In einer einstündigen Sendung wurde mein Text 1976 von dem bekannten Publizisten Dr. Karl Corino im Hessischen Rundfunk unter „Folter im anderen Deutschland“ bekannt gemacht!

Endlich stieß ich auch in diesem Jahr auf ein Dokument, in dem die bereits 1984 erwähnte „Timo“, alias Christine T., aus meinem ELMO-Kommando auftauchte. Wegen ihres lautstarken Protestes über zu geringen Arbeitslohn sperrte man sie damals in Arrest, wo sie sich am 1. September 1973 erhängte. Erstaunlich, während meiner Forschungsarbeiten zum Buch „Wo sind die Toten von Hoheneck?“ gelang es mir nicht, zu diesem Fall von offiziellen Stellen Hinweise zu erhalten.

Um eventuelle Gesundheitsschäden (Atemwegserkrankungen, Verformungen, etc.) nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, bitten wir um folgende Mitteilung: Von wann bis wann haben Sie bei ELMO I, II oder III im Frauenzuchthaus Hoheneck Zwangsarbeit geleistet? Welcher Art war Ihre Tätigkeit? Wie hoch waren Norm und Entlohnung? Gab es Erkrankungen? Kontakt über: Redaktion Der Stacheldraht, Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Ellen Thiemann

Befragung ehemaliger DDR-Heimkinder

Das Deutsche Institut für Heimerziehungsforschung (DIH) untersucht gegenwärtig im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke, die Rolle der Arbeit in den Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe. Im Rahmen der Studie wird unter anderem eine Befragung ehemaliger DDR-Heimkinder durchgeführt.

Hierzu erklärt die Ostbeauftragte und Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke: „Die Aufarbeitung der Situation der Heimkinder in der DDR ist in den letzten Jahren weit vorangekommen. Dies hat maßgeblich dazu beigetragen zu verstehen, welches Leid vielen ehemaligen Heimkindern widerfahren ist. Es gibt allerdings noch ungeklärte Aspekte, die Fragen offen lassen. Derartige blinde Flecken der Aufarbeitung sind für die Be-

troffenen eine große Belastung.“ Gleicke ruft die ehemaligen DDR-Heimkinder, die als Jugendliche in den Heimen bzw. Jugendwerkhöfen arbeiten mußten, zur Beteiligung auf: „Ich möchte Sie herzlich darum bitten, sich an dieser Befragung zu beteiligen, auch wenn das im Einzelfall gewiß schmerzliche Erinnerungen weckt. Nur mit Ihrer Unterstützung können wir einen einigermaßen vollständigen Überblick über die Rolle der Arbeit in solchen Einrichtungen gewinnen.“ Gleicke betonte, die Nennung des Namens sei freiwillig, der Fragebogen könne auch anonym ausgefüllt werden.

Der Fragebogen des DIH kann unter <http://dih.berlin/arbeit.php> ausgefüllt werden. Die Ergebnisse der Studie sollen bis Sommer 2016 vorliegen und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.



Veranstaltungen

14.12. (Mo), 18.00 Uhr:
Buchpräsentation „**Totalitarismus und politische Religionen. Der Arendt-Vogelin-Disput und seine Bedeutung für die Gegenwart**“, mit Herausgeber Prof. Dr. Günter Heydemann, Mod. Detlef W. Stein, Osteuropazentrum Berlin; Ort: Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 1, Raum 613, 10365 Berlin

14.12. (Mo), 18.00 Uhr:
Zwischen KSZE und Wiedervereinigung – Das MfS und die DDR-Rechtstheorie, Vortrag u. Diskussion mit Dr. André Gursky, Leiter d. Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle; Veranstaltung d. Friedrich-Naumann-Stiftung, Regionalbüro Mitteldeutschland, u. d. Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle; Ort: Begegnungsstätte Deutsche Einheit, Schönnewitzer Str. 9a, 06116 Halle; Anmeldung bitte unter Tel. (030) 22 01 26 34 oder E-Mail service@freiheit.org

14.12. (Mo), 19.00 Uhr:
„**Irgendwo in Berlin**“, Spielfilm, Deutschland/SBZ 1946, Regie: Gerhard Lamprecht; Veranstaltung d. Stiftung Haus der Geschichte, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

15.12. (Di), 18.00 Uhr:
Die Wiederbelebung Ostpreußens – als Erinnerung, Ref. Prof. Dr. Helmut Wanger, Berlin, Mod. Detlef W. Stein, Osteuropa Zentrum Berlin; Ort: Kulturhaus Karlshorst, Treskallee 112, 10318 Berlin

15.12. (Di), 19.00 Uhr:
„**Das 11. Plenum: ‚Kellerfilme‘ nach dem Kahlschlag vor 50 Jahren**“, Filmvorführung „Wenn Du groß bist, lieber Adam“, DDR 1965, Regie: Egon Günther, anschließend Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Siegfried Lokatis u. Dr. Günter Agde; Veranstaltung d. Stiftung Haus der Geschichte, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, u. d. Universität Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

16.12. (Mi), 18.00 Uhr:
Mißtrauen hinter Gittern. Inoffizielle Mitarbeiter im Strafvollzug der DDR, Ref. Tobias Wunschik, BStU, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u. d. Gedenkstätte Münchner Platz; Ort: Gedenkstätte Münchner Platz, Georg-Bähr-Str. 7, 01069 Berlin

16.12. (Mi), 18.00 Uhr:
„**Helden im Wilden Osten**“. Ostdeutschland in den neunziger Jahren, Kuratortenggespräch d. zeitläufer-Agentur für Ausstellungen Wulff und Schmidt GbR Leipzig; Veranstaltung der zeitläufer-Agentur für Ausstellungen Wulff und Schmidt GbR Leipzig u. d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Gottes Liebling am Plauer See

Peter-Michael Diestel diskutiert mit Oskar Lafontaine

Der ungewöhnliche Titel „Sturzgeburt“ soll dem Leser suggerieren: Die Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 ist auf allen Ebenen gescheitert! Dafür gibt es Argumente, die man annehmen oder abweisen kann; sie werden von Oskar Lafontaine (Die Linke), der damals vor einer überstürzten Einheit gewarnt hat, mehr oder weniger überzeugend vorgetragen. Immerhin verfügt er über eine politische Konzeption, die ihm die Euphorie des Mauerfalls von 1989 in einem anderen Licht erscheinen läßt. Was sein Widerpart Dr. Peter-Michael Diestel (CDU) dagegen vorzubringen hat, sind vage Anmerkungen und schräge Einwürfe. Schon auf der ersten Interviewseite schwärmt er, eitel, wie er ist, von seinem „Anwesen am Plauer See“, von seinen beiden Anwaltskanzleien und von seiner Frau, die Zahnärztin in Potsdam ist. Das alles gipfelt in dem Satz: „Wenn ich morgens dort aufwachen darf, weiß ich, daß mich der liebe Gott in sein Herz geschlossen hat.“

Der 1952 auf der Insel Rügen geborene Offizierssohn durfte nach dem Abitur 1952 zunächst nicht studieren und wirkte zwei Jahre als Schwimmlehrer, Bademeister und Rinderzüchter, weshalb er noch heute den stolzen Titel „Verdienter Melker des Volkes“ trägt. Nach dem Jura-Studium 1974/78 in Leipzig arbeitete er als Rechtsberater der Agrar-Industrie im sächsischen Delitzsch und wurde 1986 mit einer Arbeit über LPG-Recht promoviert.

Wäre im Herbst 1989 die Berliner Mauer nicht gefallen, hätte kein Mensch mehr jemals von ihm gehört, so aber wurde er, durch einen Zufall der Geschichte, 1990 Abgeordneter in der „Volkskammer“, DDR-Innenminister in der einzigen frei gewählten DDR-Regierung, der die Machtträger des untergegangenen SED-Staates wie Staatssicherheit und Volkspolizei auffallend schonte, und stellvertretender Ministerpräsident. Daß das, ohne besondere Verdienste, seine große Zeit war, erwähnt er bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Als erster Politiker, so läßt er uns wissen, habe er „öffentlich... die Wiedervereinigung gefordert“. Waren das nicht die Leipziger Demonstranten?

Auf diese „Bürgerbewegten“ ist er überhaupt nicht gut zu sprechen, denn die

waren, das hat er gründlich erforscht, „in der Regel von der Staatssicherheit beauftragt oder von dieser benutzt“. Auch als CDU-Mitglied steht er eher auf der Seite „meines Freundes Gregor Gysi“ und beneidet dessen Partei um Lothar Bisky und Gregor Gysi: „Eine Partei, die solche Leute an der Spitze hat, ist in Deutschland unschlagbar, die mischt den Laden auf, dachte ich damals. Und ich bin maßlos enttäuscht, daß diese Partei daraus so wenig gemacht hat. Maßlos!“ Der Leser schüttelt verständnislos den Kopf, warum er jetzt nicht bei seiner Parteivorsitzenden Angela Merkel Trost und Rat sucht. Man sieht, der heutige Zustand der CDU, der er seit 1990 angehört, ist ihm kein Nebensatz und keine Fußnote wert, statt dessen sorgt er sich um die Zukunft der Linken, mit deren Führungsriege er befreundet ist.

Zur DDR-Geschichte vertritt er derart verquere Meinungen, daß man zweifelt, ob

er jemals dort gelebt hat. Sie war die „logische Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg... wengleich nicht demokratisch.“ Als Gegengründung zur Nazidiktatur, des „größten Übels dieser Welt“, könne „sie selbst schon kein Übel gewesen sein“, schließt er messerscharf. Daß hier eine blutige Diktatur eine andere abgelöst hat, begreift er nicht. Daß die DDR-Bürger diesen Mauerstaat nach 40 Jahren ständiger Unterdrückung nicht mehr wollten, sieht er immerhin ein. Seine Devise war: „Es sollten nicht mehr Leute über mich entscheiden dürfen, die dümmer waren als ich!“ Gab es die denn?

Schließlich hat er auch Erich Honecker, der wie „Freiwild“ behandelt wurde, gerettet und ihm „ordentliche Papiere“ und



Peter-Michael Diestel, Oskar Lafontaine: *Sturzgeburt. Streitgespräch zur deutschen Einheit*, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2015, 224 S., 14,99 €



ein „Dach über dem Kopf“ besorgt. Wir lesen es mit Bewunderung, auch wenn wir wissen, daß Erich und Margot Asyl bei der Evangelischen Kirche gefunden haben und Unterschlupf im Pfarrhaus Uwe Holmers in Lobetal bei Berlin.

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Film

Die Brücke der Spione

Wenn der Regisseur Steven Spielberg und ein Drehbuch der Coen-Brüder aufeinandertreffen, kann das nur zu einem schrecklichen Debakel führen oder zu einem grandiosen Film. Im ersten Fall wäre die Rezension an dieser Stelle zu Ende. „Bridge of Spies“ – Brücke der Spione – mit dem deutschen Untertitel „Der Unterhändler“ ist ein Film über den Kalten Krieg. Er spielt zwischen 1957 und 1963 und basiert teilweise auf authentischen Ereignissen und Personen. Der von Tom Hanks gespielte Versicherungsanwalt James Donovan wird beauftragt, den in den USA festgenommenen KGB-Agenten Rudolf Abel (Marc Rylance) zu verteidigen. Die Stimmung in den USA ist angstbesetzt und aggressiv, CIA, Justiz und Teile der Bevölkerung wollen es im Falle des Sowjet-Spions mit der eigenen Verfassung nicht mehr so genau nehmen – Donovan schon. Das bringt ihm wenig Sympathie, selbst seine Familie wird angegriffen. Als ein US-amerikanischer U-2-Pilot in der Sowjetunion verhaftet wird, erhält Donovan den Auftrag, einen Austausch von Abel und dem Piloten auszuhandeln. Verhandlungsort ist Ost-Berlin, Austausch-Ort schließlich die Bridge of Spies, die Glienicker Brücke.

Ziemlich genau zur Halbzeit des Films wechselt also das Setting von den USA nach Deutschland, entsprechend wechseln auch viele der handelnden Personen.

Dieses Interview zeigt, wie ein Ex-Politiker aus dem fünften Glied um Anerkennung bei linken Ideologen bettelt, denen er intellektuell in keiner Weise gewachsen ist. Die Entstehungsgeschichte dieses Gesprächs, wie sie im Vorwort geschildert wird, deutet es an. Demnach hat Frank Schumann, der einstige Leipziger Studienfreund und heutige Leiter des Verlags Das Neue Berlin, dieses Interview vermittelt. Der CDU-Mann vom Plauer See hat offensichtlich darauf gedrängt, sich im Glanz des saarländischen Sonnenkönigs spiegeln zu können. So etwas Schönes plant Gottes Liebling noch einmal: Als Egon Krenz erwähnt wird, wirft er großspurig ein: „Ihr kommt mal zu mir nach Zislow am Plauer See. Ich koche und ihr diskutiert.“

Jörg Bernhard Bilke

Veranstaltungen

17.12. (Do), 18.00 Uhr:

Projektpräsentation des Schüler-Freizeit-Projektes „angeeckt“. Schülerperspektiven auf die Dresdner Stasi-Haft; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

17.12. (Do), 18.00 Uhr:

Kaliningrad heute – Brücke zwischen Ost und West, Abschlußkonferenz mit zahlreichen Zeitzeugen und Politikern, u.a. Anneliese Redlin, Zeitzeugin, gebürtige Königsbergerin, Berlin, Dr. Olga Kurilo, Historikerin, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O., Karin Strumpf, Europabeauftragte, Bezirksamt Lichtenberg, Mod. Detlef W. Stein, Osteuropa Zentrum Berlin; Ort: Lichtenberger Rathaus, Ratssaal, Möllendorferstr. 6, 10367 Berlin

6.1. (Mi), 16.00 Uhr:

Führung und Bürgerberatung **„Unterwegs im Archiv. Schlüsselbeschaffung – Hausdurchsuchung“;** Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: BStU Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

12.1. (Di), 19.00 Uhr:

Gedenken, Erinnern, Bilden. Die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen für die Aufarbeitung von Unrechtsgeschichte, Vortrag u. Gespräch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Transitional justice. Instrumente, Erfahrungen, Herausforderungen“ d. Bundesstiftung Aufarbeitung, d. Deutschen Instituts für Menschenrechte u. d. Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft; Veranstaltung d. Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ); Ort: Stiftung EVZ, Lindenstr. 20–25, 10969 Berlin

12.1. (Di), 19.00 Uhr:

Militärstandort Prora – Opposition und Widerstand. Bausoldaten in Prora 1964 – 1989/90, Vortrag u. Ausstellungseröffnung mit Ref. Susanna Misgajski, Prora-Zentrum e.V.; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock

13.1. (Mi), 18.00 Uhr:

Abgeordnete im Visier: DDR-Spione in bundesdeutschen Parlamenten, Vortrag v. Dr. Georg Herbstritt; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ d. Bibliothek d. Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg; Ort: Helmut-Schmidt-Universität, Hauptbibliothek, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg



13.1. (Mi), 18.15 Uhr:

Kolloquium „Chuliganství“ in der ČSR/ČSSR und „Rowdytum“ in der DDR (1956–1989). Rezeptionen, Deutungen und Bekämpfungen im Vergleich, Ref. Matej Kotalik, BStU; Veranstaltung d. BStU, Abt. Bildung und Forschung; Ort: Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Besucherraum/Foyer, Haus 31, EG, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

18.1. (Mo), 18.00 Uhr: Führung und Lesung **„Schule im Spiegel der Stasi-Akten“**, Ref. Cornelia Heyse, Autorin u. Schauspielerin, Mod. Marit Krätzer, Leiterin BStU Außenstelle Halle; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle, d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, d. Landeszentrale f. politische Bildung Sachsen-Anhalt, d. Stadt Halle; Ort: BStU Außenstelle Halle, Blücherstr. 2, 06122 Halle

3.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Spionageabwehr in Hamburg – vom Kalten Krieg bis zur Gegenwart, Vortrag v. Guido Malburg, Landesamt f. Verfassungsschutz, Hamburg; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ d. Bibliothek d. Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg; Ort: Helmut-Schmidt-Universität, Hauptbibliothek, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg

10.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Strafverfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen, Vortrag u. Gespräch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Transitional justice. Instrumente, Erfahrungen, Herausforderungen“ d. Bundesstiftung Aufarbeitung, d. Deutschen Instituts für Menschenrechte u. d. Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft; Veranstaltung d. Deutschen Instituts für Menschenrechte; Ort: Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin

Vorschau

18.2. (Do), 19.00 Uhr:

Das Frauenzuchthaus Hoheneck. Stasi und der Strafvollzug. Vortrag u. Gespräch mit Sebastian Lindner, BStU, Irene Schreiber, Zeitzeugin, Mod. Sandra Buchler, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u. d. Staatsarchiv Chemnitz; Ort: Staatsarchiv Chemnitz, Veranstaltungssaal, Elsassers Str. 8, 09120 Chemnitz

Dank

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG dankt ganz herzlich allen, die im Jahr 2015 für den Dachverband spendet haben!

Der Vorstand

nen. Näher liegt die Vermutung, daß die Wirklichkeit des Kalten Krieges damals in manchen Momenten tatsächlich etwas vom Bombast eines Western hatte.

Warum nun 2015 ein Film über den Kalten Krieg? Die Parallelen sind nicht zu übersehen: Die feindlichen Blöcke begegnen sich nicht einfach als politische Gegner, sie vertreten gegensätzliche Gesellschaftskonzepte. Während der Verteidigung des KGB-Agenten muß Donovan immer wieder an das Gericht appellieren, im Kampf nicht die eigenen Werte zu opfern. Die Botschaft: Der Zweck heiligte die Mittel damals ebenso wenig wie heute.

„Bridge of Spies“ ist unter anderem deshalb kein Aufguß angestaubter Klammotten über den Kalten Krieg geworden, weil über die zahlreichen moralischen Probleme und Dilemmata nicht heroisch überhöht salbadert wird. Sie werden vielmehr, dank Ethan und Joel Coen, ironisch kommentiert oder gebrochen. Das tut auch dem gelegentlich aufscheinenden amerikanischen Patriotismus und der Familienidylle gut, verhindert Rührseligkeit und einen faden Nachgeschmack. Eigentlich hat dieser Blick auf den Kalten Krieg schon immer nahegelegen.

Zwei, drei kleine mißlungene Szenen trüben nicht den Gesamteindruck, zumal sie stumm sind und Tom Hanks ein bißchen für unfreiwillige Komik sorgt, weil er offenbar verzweifelt und ohne Erfolg eine angemessene Mimik sucht, keine findet und schließlich in einer künstlichen Grimasse des Entsetzens erstarrt.

Die Qualität des Films ist nicht zuletzt der in den meisten Rollen kongenialen Besetzung, einer ausgezeichneten Kamera und der exzellenten Ausstattung geschuldet. Ein überragendes Drehbuch sorgt mit knappen Dialogen (die immer sitzen) dafür, daß trotz einer Länge von 140 Minuten der Blick auf die Uhr entfällt. Da ein gut verständliches Amerikanisch gesprochen wird, sollte man sich angesichts der Schwächen der deutschen Synchronisation diese gelungene Tragikomödie über ein ernstes, noch immer virulentes Thema im Original mit Untertiteln ansehen.

Hollywood, das uns seit Jahren vorwiegend B-Movies mit Riesenbudget vorsetzt, hat es also doch noch drauf: ganz großes Kino.

Friedrich Rudolph

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben

Dr. Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Jürgen Georg Brünner, Johanna Frischbier, Renate u. Rolf Granert, Hermine Hecker, Wolfgang Heilmann, Harry Kirsten, Rolf u. Sonja Koch, Kurt u. Brigitte Kugler, Erna Lobbes, Werner Lorenz, Manfred u. Maria Mannack, Dr. Torsten Müller, Günter Müller-Hellwig, Ursula Neubert, Eike Christine Radewahn, Dr. Karl-Dietrich Rösch, Hartmut Schlotte, Peter Schulz, Günter u. Renate Sickora, Wilhelm u. Hertha Ulich, Magda Unger, Horst u. Ingrid Ziesche, Helmut u. Inge Zock

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 19. Dezember, sowie am 2., 9., 16., 23. und 30. Januar, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Das Zitat

Die Geschichte lehrt dauernd,
aber sie findet keine Schüler.

Ingeborg Bachmann

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Vorstandsbeauftragte:
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 27. November 2015

